

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 23. Oktober 2006, 19.00 - 22.25 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, parteilos	Maibach Urs, GB
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Mooser Barbara, FDP
Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
Bichsel Bernhard, jfk	Oester Daniel, jfk
Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Remund Jan, GFL
Caminada Ignaz, CVP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Egli Claudia, SP	Salvisberg Ueli, SVP
Fischli Liz, GB	Salzmann Christoph, SP
Graber Martin, SP	Schmid Hermann, SP
Gysel Hermann, EVP	Sidler Rita, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Hugo, SP
Henggi Harald, FDP	Staub Stephie, SP
Kohler Hanspeter, FDP	Streiff Marco, EVP
Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
Lagger Valentin, CVP	Troxler Elsbeth, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Stähli Markus, parteilos

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	154
2. Kommissionsersatzwahlen Wahlen: Direktion Bildung und Soziales	154
3. Legislaturplanung 2006 - 2009 Kenntnisnahme; Alle Direktionen.....	155
4. Ortsplanungsbericht 2001 - 2005 Kenntnisnahme; Direktion Planung und Verkehr.....	165
5. Parzellen 20 und 2654 Stapfenstrasse, Köniz, Kauf Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	167
6. Kreditabrechnungen Kenntnisnahme / Nachkredit; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	170
6.a Morillon, Baufelder 17 und 18, Genehmigung der Mehrwertabschöpfung Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen (Geschäft wurde nachträglich eingereicht)	172
7. Postulat Mäder (SP) betr. Konzept sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz Beantwortung 0608; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	173
8. Postulat Grüne Köniz betr. maximal Tempo 50 innerorts auch auf Kantonsstrassen Beantwortung 0509; Direktion Planung und Verkehr	174
9. Interpellation Anna Mäder / Stephie Staub (SP) betr. Weiterbildung Schulkommissionsmitglieder Beantwortung 0613; Direktion Bildung und Soziales.....	175
10. Interpellation Christoph Salzman (SP) betr. Jugendliche mit Ausweis F oder N Beantwortung 0614; Direktion Bildung und Soziales.....	176
11. Verschiedenes	177

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüesse zur heutigen Sitzung.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern (Herr Valentin Lagerger wird etwas später eintreffen). Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Mit dem Protokoll der letzten Sitzung wurde euch der Sitzungsplan 2007 zugestellt sowie die Liste der unerledigten parlamentarischen Vorstösse. Mangels Traktanden fällt die Parlamentsitzung vom 13. November 2006 aus. Das ist in meinen Augen schade, weil somit die Sitzung im Dezember sehr lang sein wird und eventuell eine Folgesitzung angesetzt werden muss. Der Gemeinderat hätte es in meinen Augen in den Händen, solchem vorzubeugen. Das Parlamentsbüro hat beschlossen, den Beginn der Sitzung vom 11. Dezember 2006 auf **18.30 Uhr** vorzuschieben. Ich werde für eine Zwischenverpflegung besorgt sein.

An der Sitzung im Juni wurde eine Fünferdelegation des Parlamentes für den Workshop Agglomerationsstrategie bestimmt. Inzwischen wurde der Parteipräsident der SP, Beat Deuber, persönlich angegangen, weitere Personen für diesen Anlass zu stellen, was geschehen ist. Dieses Vorgehen konnte ich als Parlamentspräsident nicht akzeptieren und recherchierte, weshalb nur die SP angefragt worden ist. In der Zwischenzeit konnten wir aus den Reihen der FDP und SVP je ein Mitglied - Christian Burren (parteilos) und Evelyn Bühler (FDP) für die Teilnahme an diesem Workshop gewinnen. Die Kosten für die Teilnahme in der Höhe von 50 Franken werden für die fünf vom Parlament bestimmten Teilnehmenden durch die Gemeinde übernommen; die restlichen Kosten müssen von den beteiligten Parteien selbst beglichen werden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Herr Mark Stucki (FDP): Ich möchte an sich nicht kleinlich sein, bin jedoch der Meinung, ein Protokoll sei wichtig. Der FDP/jfk-Fraktion ist aufgefallen, dass unter dem Traktandum 11, Verschiedenes, unter dem Passus Kehrrichtdeponie Gummersloch ein Teil der Aussage der falschen Person - Gemeinderätin Katrin Sedlmayer - zugeschrieben wurde. Wir haben in Erinnerung, dass Urs Wilk zu diesem Thema das Wort ergriffen hat. In Art. 20 lit. d des Geschäftsreglementes des Parlaments steht: "Das Protokoll enthält die Namen der Rednerinnen und Redner sowie den wesentlichen Inhalt ihrer Voten." Wir sind der Meinung, das Protokoll heute aus ökonomischen Gründen zu genehmigen, jedoch mit der Auflage, diesen Absatz zu überprüfen und - wenn nötig - im Protokoll der heutigen Sitzung zu ergänzen.

Mit der Ergänzung auf Seite 147 unter Traktandum Verschiedenes: "Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Diese Spezialfinanzierung besteht bereits seit vielen Jahren und verfügt über - meines Wissens - einen Betrag von 11 Millionen Franken. Dieser Betrag ist nach heutigem Wissensstand bei weitem ausreichend." - wird das Protokoll der Sitzung vom 21. August 2006 genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für die Amtsdauer vom 1. August 2006 bis 31. Juli 2010 wird als Mitglied der Schulkommission Sekundarstufe Neuenegg gewählt:

- Zintel Irène, Sensemattstrasse 11, 3174 Thörishaus, parteilos.

Der Parlamentspräsident erklärt die vorgeschlagene Kandidatin als gewählt und wünscht ihr alles Gute im neuen Amt.

3. Legislaturplanung 2006 - 2009

Kenntnisnahme; Alle Direktionen

Der Parteipräsident: Zuerst wird Harald Henggi als GPK-Präsident das Wort ergreifen, danach werden wir die neun Punkte gemeinsam durchgehen. Im Geschäftsreglement des Parlamentes ist in Art. 64 Abs. 1 festgehalten: Das Parlament nimmt von traktandierten Berichten des Gemeinderates zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis." Die Fraktionen können sich zu den neun Punkten äussern.

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Die GPK behandelte die vorliegende Legislaturplanung anlässlich ihrer letzten Sitzung und klärte vor allem Verständnisfragen. Ich hoffe, dass diese Erklärungen an die Fraktionen weitergegeben wurden. Die politische Würdigung der Legislaturplanung erwarten wir heute. Ich ergänze noch einige Punkte, die mir vom Gemeindepräsidenten Luc Mentha mitgeteilt wurden: Die vorliegende Legislaturplanung wurde als Schwerpunktthema durch den neu zusammen gesetzten Gemeinderat erarbeitet. Wir sehen, dass zu den einzelnen Massnahmen Indikatoren definiert wurden, welche ein Controlling möglich machen sollen. Der Gemeinderat orientierte sich am Leitbild der Gemeinde Köniz und versuchte in den Punkten Wohnort, Arbeitsort, Erholungs- und Erlebnisort, Prioritäten zu setzen. Dies jedoch unter dem Vorbehalt, die Gesundung der Gemeindefinanzen im Auge zu behalten. Obschon die Würdigung der Legislaturplanung dem Parlament überlassen sein soll, gibt die GPK folgende Empfehlung bekannt: Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Stimmen zustimmend, 1 Stimme teilweise zustimmend, bei 2 Enthaltungen, zustimmend vom Bericht des Gemeinderates Kenntnis zu nehmen.

1. Wohnen

Herr Christian Burren (parteilos): Wir von der SVP-Fraktion haben die Legislaturplanung positiv aufgenommen. Wir sind der Meinung, sie sei ausgeglichen. In Punkt 1 Wohnen ist das Ziel 1.1.1, die Einwohnerzunahme um jährlich 200 bis 2009 in unseren Augen jedoch sehr ehrgeizig. Wir fragen uns, ob mit dem Ziel Bevölkerungszunahme nicht nur Folgekosten - z.B. Ausbau Infrastruktur - generiert werden. Bringt uns das Ziel der Einwohnerzunahme wirklich die gewünschte zusätzliche Steuersubstanz für die Gesundung der Gemeindefinanzen? In unseren Augen ist das Ziel, dass die Gemeinde Köniz im Jahr 2009 800 Einwohnende mehr aufweist, fast unmöglich zu erreichen. Wir bitten den Gemeinderat, uns aufzuzeigen, ob unter dem Strich Mehreinnahmen generiert werden oder ob uns durch die Zunahme von Einwohnenden nicht nur Kosten entstehen. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion von der Legislaturplanung nicht einstimmig zustimmend Kenntnis nehmen.

Frau Brigitta Matter (SD): Mehr Wohnungen zu erstellen, um einen Einwohnerzuwachs und somit mehr Steuerzahlende zu erreichen, ist keine gute Lösung. Denn, ob die Gemeinde damit wirklich mehr Einnahmen erzielen wird, ist fraglich. Der Wohnungsbau zieht andere Probleme mit sich: Durch die Ansiedlung von mehr Einwohnenden entsteht mehr Verkehr, was eine höhere Umweltbelastung mit sich bringt. Diese Probleme werden dereinst nicht mehr mit dem Bau von zusätzlichen Strassen gelöst werden können. Für den Bau von neuen Wohnungen muss vermehrt auf ländliches Gebiet ausgewichen werden. Im Ried in Niederwangen, wo heute noch auf grosser Fläche Landwirtschaft betrieben wird, werden dereinst keine Felder mehr zu sehen sein und auch die Tiere, welche heute in diesem Gebiet vom Wald her zirkulieren, werden verschwinden. Die ländliche Natur wird zerstört. Im Vorwort der Legislaturplanung steht: "Köniz ist sowohl Stadt und Land. Die Kombination von starken und eigenständigen städtischen Gebieten mit grossen und intakten ländlichen Gebieten ist einzigartig und soll erhalten bleiben." Ich hoffe, dass dieser Satz nicht nur auf dem Papier steht, sondern in der Praxis berücksichtigt wird. Ein gemächlicheres Wachstum, damit unsere Nachkommen dereinst auch ein intaktes ländliches Gebiet geniessen können, wäre wünschenswert.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion hat die Legislaturplanung gelesen und möchte dem Gemeinderat für die Vorstellung der aufwändigen Arbeit danken. Wir stellen fest, dass die Legislaturplanung via Medien den Einwohnenden bekannt gemacht worden ist. Das Parlament darf die Legislaturplanung zur Kenntnis nehmen und sich dazu äussern, jedoch nicht darüber abstimmen. Beim Lesen des Kapitels Wohnen stelle ich Folgendes fest: Es geht uns am besten und es soll uns noch besser gehen, denn der Wohnraum soll optimaler genützt werden. Ein nächster Punkt: Köniz soll sich auf regionaler Ebene überdurchschnittlich posi-

tionieren. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass die Formulierung der Legislaturplanung so nach dem Motto, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, die Gefahr in sich birgt, sich zu überbieten. Es ist richtig und gut, besser sein zu wollen als andere, aber wir dürfen nicht Gefahr laufen, in einer Spirale zu landen, die hohe Kosten nach sich zieht. Eine positive Bemerkung zum Schluss: Wir begrüßen das Legislaturziel, preisgünstigen Wohnungsbau zu realisieren.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Zur vorhergehenden Legislaturplanung äusserte sich das damalige Mitglied des Grossen Gemeinderates, Rita Haudenschild, wie folgt: Die Legislaturplanung sei wie ein Birchermüesli ohne Rosinen. Ich muss feststellen, dass die Legislaturplanung kein Birchermüesli mehr, sondern gut strukturiert ist, und wir haben tatsächlich einige Rosinen darin gefunden. Ich gratuliere dem Gemeinderat zu seiner Arbeit. Wir sprechen anstelle des Birchermüeslis nun von einem Kuchen. Es ist zu spüren, dass die Gemeinderatsmitglieder all ihre Zutaten zum Kuchen beigesteuert, ihn geknetet und in den Ofen gestellt haben. Der Kuchen ist jedoch nicht überall gleich hoch aufgegangen. Ich komme zum Thema Wohnen, wo sich mir ein kleines Rechnungsproblem stellt: Ziel ist, jährlich etwa 140 Wohnungen zu erstellen. Eine Faustregel besagt, dass, um die Bevölkerungszahl halten zu können, jährlich etwa 100 bis 120 Wohnungen gebaut werden müssen. Das heisst, dass pro Jahr ungefähr 20 - 40 Wohnungen für das Bevölkerungswachstum verbleiben und somit werden nach Adam Riese 160 bis 320 neue Einwohnende in die Gemeinde ziehen und nicht 800 wie in der Legislaturplanung aufgeführt.

Herr Hugo Staub (SP): Wir rechneten mit einer Eintretensdebatte, anlässlich welcher wir gerne einige grundsätzliche Worte zur vorliegenden Legislaturplanung abgegeben hätten. Diese findet jedoch nicht statt. Erlaubt mir, diese Worte nun unter dem Titel Wohnen abzugeben, auch wenn sie nicht nur dieses Kapitel betreffen. Die SP-Fraktion hat die Legislaturplanung gründlich gelesen und wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat damit beweist, dass er die Zeichen der Zeit verstanden hat. Die Zielpalette ist sehr breit gefächert und mit sehr guten Analysen unterlegt, bei welchen das Gefühl entsteht, es sei nicht nur aus dem "Bauch heraus" gearbeitet und irgendwelche Ziele aufgestellt worden, sondern das Erarbeitete hat Hand und Fuss. Nach meiner Meinung ist es sehr mutig vom Gemeinderat, dass er mit diesen Indikatoren seine eigene Leistung auch für einen späteren Zeitpunkt messbar macht und sich mit seinem Programm exponiert. Solche messbaren Indikatoren sind in politischen Programmen nicht immer vorhanden. Nicht nur das Programm ist Ernst zu nehmen, sondern auch der Gemeinderat, der auf diese Art und Weise transparent und ehrgeizig politisiert und Ziele setzt. Im Kapitel Wohnen steht geschrieben, dass langfristig auf dem Wohnungsmarkt nur Bestand hat, was hohen Ansprüchen gerecht wird. Dieses Motto trifft nicht allein auf den Zielbereich Wohnen zu, sondern muss über sämtliche Zielbereiche hinweg als gültig erklärt werden. Gerade der Wohnungsbau darf nicht nur für gut Verdienende gefördert werden, sondern es geht auch um den Bau preisgünstiger Wohnungen für Junge und schlecht Verdienende. Die Wohnqualität ist nicht nur abhängig vom Wohnungsangebot, sondern auch von der Stärke der Quartierzentren, von der Bewältigung der Verkehrsprobleme, vom Schulangebot, von der sozialen Stimmung und dem Klima an den Schulen. Alle Punkte der Legislaturplanung sind vernetzt und könnten unter dem Titel Wohnen behandelt werden. Wir werden zum einen oder anderen Thema noch präzisere Angaben machen. Insgesamt ist unsere Bilanz darüber, wie hier politisch ein Programm gesetzt wird und den Weg dazu transparent aufzeigt, durchwegs positiv.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Wir befinden uns in derselben Situation wie die SP-Fraktion, d.h. auch die FDP/jfk-Fraktion rechnete mit einer Eintretensdebatte. Ich erlaube mir, die dafür vorgesehenen Worte hier zu äussern. Erfreulich ist für unsere Fraktion, dass bei der vorliegenden Legislaturplanung neu Indikatoren eingeführt wurden. An diesen können die Ziele gemessen werden. Uns ist jedoch aufgefallen, dass viele dieser Indikatoren zu wenig präzise sind. Das ist noch zu verbessern. Weiter halten wir fest, dass sich die Legislaturplanung in vielen Bereichen nicht mit liberalen Anliegen oder Werten trifft. Wichtig scheint uns auch, dass die Legislaturplanung vernetzt betrachtet wird, ich nenne hier zwei Schlagworte: Infrastruktur und Finanzen. Jeder Punkt muss immer auch unter diesen beiden Schlagworten betrachtet werden. Wir verstehen die Legislaturplanung ganz klar als Instrument des Gemeinderates, nehmen jedoch gerne zu den folgenden Punkten eine politische Würdigung vor:

Positiv halten wir fest, dass die Gemeinde Köniz eine Wachstumspolitik anstrebt, denn nur Wachstum ermöglicht das Halten des Wohlstandes, was wiederum ermöglicht, sich in ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereichen weiter zu entwickeln. Positiv ist in unseren Augen ebenfalls, dass das Ziel vorhanden ist, weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Wir möchten dem Gemeinderat dazu Folgendes sagen: Will man die Ansiedlung weiterer Firmen in der Gemeinde ermöglichen, müssen entsprechende Landflächen zur Verfügung gestellt werden. Generell gilt für uns der Grundsatz, dass die Gemeinde die dazu notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muss, so z.B. beim Punkt 2.2.1 Schaffung von Lehrstellen oder auch bei der Freiwilligenarbeit. Uns ist die Schaffung von Rahmenbedingungen wichtig und nicht mehr. Zu den anderen Punkten werde ich zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen.

Herr Alfred Arm (SP): Die Legislaturplanung des Gemeinderates ist gut, sie geht in die richtige Richtung. Ich habe hier einige Akzente anzufügen. Die Einführung von Indikatoren ist gut, damit können Ziele messbar gemacht werden, sie könnten zum Teil jedoch etwas konkreter sein. Ich nenne zwei: Der Indikator "ein Wohnbauprojekt (Niedrigstandardwohnungen) ist planerisch und rechtlich vorbereitet" sagt in meinen Augen zu wenig aus, hier wäre die Aufführung einer konkreten Zahl angebracht. Der Indikator auf Seite 8, dass nur in einem der Orts- und Quartierzentren Investorenzusagen und Nutzerabsichten vorhanden sind, ist zu wenig hoch. In der Gemeinde Köniz haben einige Orts- und Quartierzentren seit der Realisierung des Zentrums in Köniz Mühe. In meinen Augen müssen zwei bis drei Ortszentren erhalten und gestärkt werden. Ich messe die Legislaturplanung nicht wie Bernhard Bichsel an liberalen, sondern eher an sozialen Werten. Auch das Stichwort der Nachhaltigkeit ist mir sehr wichtig.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke dem Parlament für die doch sehr gute Aufnahme der Legislaturrichtlinien, an deren Erarbeitung wir intensiv gearbeitet und viel Zeit eingesetzt haben. Für die Erarbeitung der Legislaturziele liessen wir nicht vor allem die Verwaltung arbeiten, sondern erarbeiteten sie selber. Wir bemühten uns, nicht einfach einen Wunschkatalog zu erstellen, sondern Schwerpunkte zu setzen. Das ist uns nach meinem Dafürhalten gelungen. Im Zentrum der Überlegungen stand unser Leitbild und vor allem der Satz: "Die Entwicklung der Gemeinde ist darauf ausgerichtet, die Qualitäten als Wohn-, Arbeits- und Erholungsort zu bewahren und zu fördern." Der Gemeinderat stellte ein politisches Regierungsprogramm auf, das einen gewissen Ehrgeiz beinhaltet. Es geht nicht nur darum, zu bewahren, sondern die vorhandenen Qualitäten der Gemeinde Köniz noch zu verbessern und vorhandene Lücken zu füllen. Der Gesamtgemeinderat steht hinter den Legislaturrichtlinien. Wir werden in der IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) jeweils über den Fortschritt der Legislaturplanung Bericht erstatten. Dieses neue Element wollen wir in die IAFP einbauen und damit die neuen Führungsinstrumente Schritt für Schritt aufeinander abstimmen, um die Verflechtung von politischen Abläufen und Kompetenzen für das Parlament aufzuzeigen. Damit wird Transparenz geschaffen.

Einige Bemerkungen zu den bis anhin gefallenen Voten: Es wurde mehrmals erklärt, bis ins Jahr 2009 jährlich 200 neue Einwohnende für die Gemeinde Köniz zu gewinnen, sei ein sehr ehrgeiziges Ziel. Das ist wirklich so und wir werden selbstverständlich immer das Kosten-/Nutzenverhältnis genau betrachten. Unsere Absicht ist auch, dass alles, was wir zu realisieren gedenken, qualitativ hochstehend ist. Der Wohnungsbau soll Qualität haben und in dem Sinne attraktive und neue Bevölkerungsschichten ansprechen. Wir wollen die Entwicklung jedoch nur dort fördern, wo gute Erschliessungen mit öffentlichen Infrastrukturen vorhanden sind. Wir wollen - das ist in der Einleitung zur Legislaturplanung erwähnt - das ländliche Gebiet intakt lassen und an dieser Aussage kann der Gemeinderat gemessen werden. Wir wollen im ländlichen Teil der Gemeinde Köniz keine grossen baulichen Entwicklungen auslösen, sondern Siedlungslücken dort schliessen, wo der öffentliche Verkehr und die Infrastruktur - Erschliessung mit Wasser, Abwasser, etc. - vorhanden sind. Wohnnutzung kann, wenn man sie wie von uns vorgesehen realisiert, wenig zusätzlichen Verkehr verursachen. Würde sich der Gemeinderat auf eine Strategie des Bewahrens, des Haltens oder sogar des Abbaus der Bevölkerungszahl "einschiessen", könnte dies bedeuten, dass andernorts - beispielsweise im Hinterland auf der anderen Seite der Schwarzwasserbrücke - entsprechende Bauentwicklungen ausgelöst würden. Dies mit der Folge, dass der Pendlerverkehr quer durch unsere Gemeinde fährt. Aus dieser Sicht ist es vernünftig, wenn wir die Entwicklung an guten - wie von mir beschriebenen - Lagen fördern.

Die Frage, ob die Indikatoren nicht noch etwas schärfer hätten formuliert werden können,

nehme ich entgegen. Der Gemeinderat hat jeden Indikator sehr sorgfältig diskutiert. Die Absicht des Gemeinderates war, den Spagat zwischen den verschiedenen politischen Kräften zu schaffen, was dazu führte, den einen oder anderen Indikator bewusst moderat zu setzen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich würde vom Gemeinderat gerne erfahren, wie er auf die Zahl von 800 neuen Einwohnenden bis ins Jahr 2009 kommt. 20 bis 40 neue Wohnungen pro Jahr müssen geplant werden, um die Einwohnerzahl wirklich zu erhöhen, und das ergibt nur 40 bis 80 zusätzliche Einwohnende pro Jahr und nicht 200. Hier ist eine grosse Differenz vorhanden. Stehen noch andere Überlegungen hinter dieser Zahl?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das einleitende Kapitel soll eine Einführung ins Thema geben und zeigen, wo wir stehen. Es umschreibt die Ausgangslage und sagt, in welche Richtung der Gemeinderat die Gemeinde entwickeln will. Die wirklichen Zielsetzungen sind die Indikatoren in der Quertabelle. Der einleitende Text ist etwas defensiv gehalten und spricht von einer leicht steigenden Einwohnerzahl, wofür ungefähr 140 Wohnungen pro Jahr erstellt werden müssten. Im präzisen Indikator haben wir die "Latte" auf zusätzliche 200 Einwohnende pro Jahr gesetzt, was einen gewissen Ehrgeiz verrät und dieser ist massgebend.

2. Arbeiten

Herr Hermann Gysel (EVP): Ich möchte den Punkt, dass beabsichtigt ist, 10 neue Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Gemeinde zu schaffen, als sehr positiv unterstützen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe eine Frage zu Punkt 2.2.1: Diese zusätzlichen Lehrstellen und Praktikumsplätze werden nicht allein in der Gemeinderverwaltung, sondern in der ganzen Gemeinde geschaffen. Wie sieht das Verhältnis zwischen privaten Anbietern und der Gemeindeverwaltung aus?

Herr Christoph Salzmann (SP): Ich danke dem Gemeinderat, dass das Thema Jugendliche und Erwerbslosigkeit prominent in die Legislaturziele aufgenommen worden ist. Hier sind Investitionen gut angelegt. Gelingt es einem Betreuer, einen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu bringen, können 40 Jahre Sozialhilfegelder gespart werden. Das ist eine gute Performance. Ich unterstütze die Bemühungen, dass AnwärterInnen auf Lehrstellen und Praktikumsplätze mit Hilfe auch von Freiwilligen vermittelt werden sollen. Ich mache den Gemeinderat darauf aufmerksam, dass ähnliche Projekte bereits in verschiedenen Gemeinden - Stadt Bern, Ostermundigen, ALP Grauholz - laufen. Der Kanton hat im BIZ (Berufsinformationszentrum) ein Juniorcoaching angesiedelt und es wäre klug, wenn der Gemeinderat mit diesen Stellen koordinieren und eine aktive Rolle im VRB übernehmen würde. Das Ziel, 90 Prozent der AnwärterInnen zu vermitteln, ist relativ ehrgeizig. Gelingt dies dem Gemeinderat, gratuliere ich ganz herzlich. Ich hoffe nicht, dass nur jene Personen vermittelt werden, die ohnehin eine Lehrstelle finden würden, sondern dass die Vermittlungsanstrengungen für jene Personen eingesetzt werden, die Schwierigkeiten auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt haben.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Richtig wurde gesagt, dass die Schaffung von jährlich 10 neuen Lehrstellen und Praktikumsplätzen nicht nur in der Gemeindeverwaltung, sondern in der ganzen Gemeinde geschehen soll. Die Aufteilung zwischen privaten Anbietern und der Gemeindeverwaltung wurde vom Gemeinderat noch nicht klar definiert. Der Gemeinderat geht nach dem Grundsatz, möglichst überall zu säen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): In der Gemeindeverwaltung werden momentan ungefähr 20 Lehrstellen angeboten. Wie viele in der Privatwirtschaft der Gemeinde Köniz angeboten werden, kann ich nicht genau sagen. Unser Ziel ist es, diese Zahlen zu eruieren. Aus der Privatwirtschaft sind Signale vorhanden, dass von unserer Seite her etwas unternommen werden soll. Dementsprechend habe ich einen so genannten Runden Tisch zum Thema Lehrstellenvermittlung ins Leben gerufen, der nächste Woche das erste Mal stattfinden wird. An diesem Runden Tisch sollen Oberstufenlehrkräfte, Lehrbetriebe, GewerbeschullehrerInnen teilnehmen, damit die Bedürfnisse aufeinander abgestimmt werden können. Auch Christoph Salzmann wird in seiner Funktion als Berufsberater teilnehmen. Wir wollen nicht nur vermitteln, sondern die Vermittelten auch nach der Vermittlung unterstützen. Wie Christoph Salzmann erwähnt hat, sind ähnliche Projekte vorhanden und für uns ist es selbstverständlich, dass wir unsere Ressourcen mit diesen Angeboten optimieren werden.

3. Gesellschaft

Frau Brigitta Matter (SD): Es sollte auch ein Ziel sein, jene Familien anzuerkennen, zu unterstützen und zu fördern, welche Grosses und Einmaliges leisten und ihre Verantwortung wahrnehmen, indem sie ihre Kinder vom Säugling bis zum tragfähigen Erwachsenen begleiten und erziehen. Ich las einmal den Satz, dass Mütter den wirtschaftlichen Nachwuchs von Morgen erziehen. Externe Kinderbetreuung soll stattfinden, aber in Massen und innerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde.

Herr Hermann Gysel (EVP): Ich stelle zu Punkt 3.4.2, Erweiterung der Infrastruktur Informatik, eine Frage. Der Indikator "Informatikplattform umgesetzt" soll im Jahr 2009 realisiert sein. Wird im Jahr 2009 noch bekannt sein, was dies bedeuten soll?

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): In meinem vorherigen Votum sprach ich vom Kuchen, der Rosinen beinhaltet. In diesem Kapitel sind einige Rosinen enthalten wie die Stärkung des Freiwilligenetzes, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Schulsozialarbeit und - neu - die Förderung von Integration als eigenes Kapitel. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat unsere erheblich erklärte Motion betr. Integrationsleitbild (0524) als Ziel in der Legislaturplanung einsetzte. Wir sind allerdings etwas darüber enttäuscht, dass er als Ziel nur gerade die Schaffung einer Rechtsgrundlage setzt, denn in der Motion werden die Erarbeitung eines Leitbildes und die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen gefordert. Der Ausländeranteil - bis anhin 14 Prozent - wird auch in der Gemeinde Köniz weiter zunehmen. Mit der demografischen Entwicklung wird dieser steigen müssen, was vielleicht auch die Voraussetzung für die Erreichung des ehrgeizigen Zieles von 800 zusätzlichen Einwohnenden in der Gemeinde Köniz ist. Uns scheint eine gewisse Sensibilität für die Integration und das Zusammenleben mit ausländischen Staatsangehörigen notwendig. Wir vermissen dieses Thema im Vorwort des Gemeinderates etwas. Es steht lediglich geschrieben, dass Verlässlichkeit und Menschlichkeit in Köniz erlebbar sein sollen, sowohl im sozialen als auch im öffentlichen Raum.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich konnte anlässlich der GPK-Sitzung feststellen, dass in der Legislaturplanung Prioritäten gesetzt wurden. Mir fehlen unter dem Thema Gesellschaft jedoch Prioritäten der Alterspolitik wie die Förderung und Aufrechterhaltung von Selbstständigkeit im Alter oder die Förderung von neuen Wohn- und Lebensformen; der Ausbau von Alternativen zum Heimaufenthalt oder die Einbindung von noch aktiven Senioren in die Gesellschaft, damit dieses Potenzial nicht verloren geht.

Herr Martin Graber (SP): Das Kapitel Gesellschaft bereitet mir Freude, insbesondere der Punkt über die Schaffung von zusätzlichen Kita-Angeboten. Die Förderung und Unterstützung von Familien kann jedoch nicht nur aus dem zusätzlichen Angebot von Kitas bestehen. Mir fehlt im Punkt Förderung/Unterstützung von Familien die Elternbildung, mit welcher sehr viel Gutes erreicht werden könnte.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Gerade in diesem Kapitel konnte kein Wunschcatalog erstellt werden, in welchem alles enthalten ist, was in diesem Gebiet überhaupt möglich wäre. Es ist all das enthalten, das dem Gemeinderat im Sinne einer Prioritätensetzung für die Legislaturplanung ganz wichtig ist. Das erste Thema betreffend Förderung und Unterstützung von Familien und der bedarfsgerechte Ausbau von familienexterner Kinderbetreuung hätte auch im Kapitel Arbeiten sowie im Kapitel Wohnen an prominenter Stelle aufgeführt werden können. Wichtig ist, dass Sie die Querbezüge sehen. Zu den übrigen gefallenem Voten gebe ich das Wort an Gemeinderat Ueli Studer weiter.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Herr Gysel stellte eine Frage betreffend Realisierung der Informatikplattform. Der neue Lehrplan beginnt erst im Jahr 2008 vollumfänglich zu greifen. Wir starten das Projekt bereits jetzt im Oberstufenzentrum Köniz, um bis ins Jahr 2009 die flächendeckende Informatikplattform an allen Schulen umgesetzt zu haben. Jetzt alles auf einmal zu realisieren, wäre mit zu hohen Kosten verbunden. Sicher werden im Jahr 2009 wiederum Anpassungen notwendig sein, die Informatik ist äusserst schnelllebig. Andere Städte stellen sechsstellige Summen für diesen Bereich bereit. Ein pragmatisches Vorgehen ist aus unserer Sicht das richtige Vorgehen.

Herr Pestalozzi stellt mit Freuden fest, dass die Integration als eigenes Kapitel erscheint. Dazu ist ein parlamentarischer Vorstoss vorliegend. Wir wollen die dazu notwendigen Rechtsgrund-

lagen schaffen, denn uns ist die Vorantreibung der Integration sehr wichtig. Wenn die Rechtsgrundlagen dereinst vorhanden sind, können wir die dazu notwendigen Massnahmen bestimmen. Ich bemerke zu diesem Thema, dass Integration nicht nur einseitig ist, beide Seiten müssen zu einem guten Gelingen beitragen.

Stephie Staub wünschte, dass das Thema Alterspolitik in der Legislaturplanung genannt wird. Die Gemeinde Köniz verfügt über ein Altersleitbild. Die Steuerung der Alterspolitik liegt jedoch beim Kanton und wir werden in der Gemeinde nach neuen Modellen suchen. Den Medien könntet ihr Beispiele, wie die Überbauung des alten Migros-Areals, entnehmen. Die Alterspolitik ist unsere tägliche Aufgabe und gehört nach unserer Meinung nicht unbedingt in die Legislaturplanung.

4. Kultur und Sport

Herr Valentin Lagger (CVP): Mit Freude und Befriedigung nehme ich zur Kenntnis, dass der Ausbau der Sportinfrastruktur zusammen mit Bern im Gebiet Weissenstein ein Ziel der Legislaturplanung ist. Ich nehme jedoch etwas beängstigt zur Kenntnis, dass der Bau der Anlagen erst auf 2009 vorgesehen ist. Dies vor allem im Hinblick darauf, dass für die erheblich erklärte Motion betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle (0311) dem Parlament bis spätestens in einem Jahr ein Kreditantrag vorliegen muss. Ich hoffe doch, dass diese Halle im Jahr 2009 nicht im Bau, sondern gebaut ist.

Herr Alfred Arm (SP): Ich freue mich, dass das Kulturkonzept demnächst das Licht der Welt erblicken wird. Ich wünsche mir, dass die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stehen werden. Die Gemeinde Köniz gibt pro Kopf 34 Franken/Jahr für Kultur aus, die Stadt Bern 280 Franken. Der Unterschied ist in meinen Augen zu gross. Die Legislaturziele können in meinen Augen vernetzt werden. Gerade Kultur kann z.B. helfen, die Integration zu fördern. Ich wünsche mir, dass Feste wie z.B. "PlatzdasFest", das im Jahr 2005 anlässlich der Eröffnung des Bläuackerkreises stattfand, vermehrt und ganz bewusst multikulturell realisiert werden. Die Ergänzung zu diesem Kapitel wäre in meinen Augen folgende: "Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel." Zuerst werden wir jedoch das Kulturkonzept - wenn es dann vorliegen wird - näher betrachten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wir stehen auch hier im Clinch mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Der Gemeinderat wollte nicht die Finanzierung eines Konzeptes beschliessen, dessen Inhalt noch nicht bekannt ist. Dies auch angesichts der Absicht des Gemeinderates, die Konsolidierung der Finanzen bis Ende der Legislatur vollbracht zu haben. Ich verstehe das Anliegen von Alfred Arm sehr gut, aber die Forderung ist mit zu vielen Unbekannten verbunden und wäre in dem Sinne ein finanzielles Abenteuer.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zu Valentin Lagger betr. Ballsporthalle: Mein Ziel ist die Realisierung der Ballsporthalle vor der Pensionierung des jetzigen Schulsekretärs. 2009 ist unser gestecktes Ziel, aber auch hier geht nicht alles von Heute auf Morgen. Wir befinden uns in dieser Angelegenheit jedoch im Zeitplan.

Die Gemeinde Köniz gibt nicht wenig Geld für Kultur aus, Alfred Arm. Die beiden Gemeinden Bern und Köniz können nicht verglichen werden. Unter Traktandum Verschiedenes werde ich noch auf das Kulturkonzept zu sprechen kommen.

5. Mobilität

Herr Hugo Staub (SP): Das Zentrum von Köniz ist Pilgerort für Verkehrsplaner geworden. Diverse grosse Projekte wurden in den letzten Jahren realisiert, welche die Aufmerksamkeit nicht nur schweizerischer Fachkollegen, sondern auch ausländischer, geweckt haben. Was in der Legislaturplanung zum Thema Mobilität als Massnahmen aufgeführt ist, ist in meinen Augen "Grossprojektlastig". Ich bin der Meinung, diese Massnahmen sind alle notwendig, aber das wichtigste Projekt in der Gemeinde Köniz, die "Summe aller Kleinmassnahmen", ist in der Legislaturplanung nicht ausdrücklich aufgeführt. Mit kleinen Eingriffen müssen kostengünstige und effiziente Optimierungen erreicht werden, damit die Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmende in den Quartieren und im Umfeld von Schulhäusern gewährt ist. Wegen solcher Massnahmen reisen keine Fachleute an, in diesem Bereich wird jedoch der grösste Nutzen pro ausgegebenem Franken erreicht. Die Summe aller Kleinmassnahmen ist ein zentraler Punkt, um für die Bevölkerung spürbare Verbesserungen im Verkehr zu realisieren.

Herr Bernhard Bichel (jfk): Die FDP/jfk-Fraktion vermisst unter dem Punkt Mobilität das Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden. Aus unserer Sicht ist die Mobilität zu sehr auf den öffentlichen Verkehr ausgerichtet. Unbestritten ist, dass für den öffentlichen Verkehr Massnahmen notwendig sind, aber wir hätten uns eine gesamtheitlichere Verkehrspolitik gewünscht.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das von Bernhard Bichsel erwähnte Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden wird sehr intensiv im Projekt Raumentwicklung Köniz (REK) bearbeitet. Gerade im Zusammenhang mit dem REK wird klar, dass die Verkehrsprobleme in Köniz nur gelöst werden können, wenn ein grosser Teil der Pendler den öffentlichen Verkehr benutzt oder den so genannten Langsamverkehr (Fuss- und Veloverkehr). Die Förderung des Langsamverkehrs ist ein Legislaturziel. Darüber bin ich sehr froh, vermisse jedoch konkrete Vorstellungen dazu völlig. Vor allem den Indikator "Begegnungszone realisiert" verstehe ich nicht. Eine Begegnungszone ist wohl ein Mittel zur Attraktivierung des Wohnumfeldes, aber keine Förderung von Langsamverkehr. Das ist in unseren Augen ein Manko in diesem Bericht und deshalb lancieren wir eine Motion, mit welcher wir die Realisierung eines Hauptvelowegnetzes durch die Gemeinde Köniz fordern.

Frau Ursula Wyss (GFL): Ich spreche zum Punkt Sanierung Kirchstrasse, Punkt 5.2.2, Abschnitt Wabern. Die Verkehrssituation in diesem Gebiet ist äusserst schwierig und gefährlich. Ich stelle nun mit Schrecken fest, dass Baubewilligung und Kreditbeschluss im Jahr 2009 erfolgen sollen. Auf meine entsprechende Frage betreffend Sanierungsmassnahmen erklärten mir Gemeindepräsident Luc Mentha und Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, diese seien zuoberst auf der Prioritätenliste. Wie soll ich diesen Umstand der betroffenen Bevölkerung klar machen?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich kann Ursula Wyss erklären, dass sich die Regierungsrichtlinien auch an den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten orientieren müssen. Diese Orientierung ergab bei den Fristen für die Realisierung der genannten Projekte eine gewisse Akzentuierung, die für betroffene Quartiervertretungen schwer nachzuvollziehen ist.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die wohlwollende Aufnahme des Kapitels Mobilität. Ich gehe auf die von Ursula Wyss erwähnte Sanierung der Kirchstrasse ein: Wir erklärten, diese Sanierung auf der Prioritätenliste nach vorne geschoben zu haben und beginnen mit der Sanierung der Kirchstrasse auf dem Abschnitt Steinhölzli bis Einmündung Morillonstrasse. Der Kredit wird dem Parlament im Dezember vorliegen. Dieser Strassenabschnitt ist ebenfalls in einem äusserst schlechten Zustand. Die ganze Kirchstrasse auf einmal zu sanieren, ist nicht möglich. Die von dir gewünschte Sanierung der Kirchstrasse im Bereich Gurtenbühl unter Punkt 5.2.2 wird so schnell als möglich folgen.

Zu Hansueli Pestalozzi betreffend der Förderung des Langsamverkehrs: Bei der Förderung von Langsamverkehr denken wir vor allem an Bahnhöfe, wo viele Personen z.B. von der Bahn auf den Bus umsteigen müssen. Wir sind konkret am Verhandeln mit der BLS, um beim Bahnhof Köniz eine solche Begegnungszone zu realisieren. Solche Realisierungen dienen der Bevölkerung auch.

Zum Votum von Bernhard Bichsel, das Mobilitätskonzept sei zu sehr auf den öffentlichen Verkehr ausgerichtet: Wenn mehr Personen den öffentlichen Verkehr benutzen, ist das immer auch ein Vorteil für den motorisierten Individualverkehr. Ich zeige auf, dass in Punkt 5.1.4, beim Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen im Rahmen des REK, nicht nur Systemfragen des öffentlichen Verkehrs, sondern auch die so genannte Südtangente - der unterirdische Zubringer von Wabern auf die A12 - in der Zweckmässigkeitsbeurteilung diskutiert werden. Weiter geht es um die Verbindung von der Schwarzenburgstrasse auf die Landorfstrasse (Verbindung Gasel - Niederwangen), im REK Parkway Süd genannt. Die drei aufgeführten Sanierungen sind ganz klar nicht nur zugunsten des öffentlichen oder Langsamverkehrs, sondern jede Sanierung einer Strasse bringt immer auch wesentliche Vorteile für den motorisierten Individualverkehr; wie z.B. weniger Staus. Hier sind echte Win-win-Situationen vorhanden. Wie Hugo Staub erwähnt hat, wird unsere Temp-30-Zone im Zentrum von Köniz von Interessierten aus ganz Europa besucht. Solche Realisierungen sind immer für alle Verkehrsteilnehmenden - Velofahrende, Fussgänger, motorisierter Individualverkehr - von Vorteil.

Wie Hugo Staub erwähnt hat, ist die Summe aller Kleinmassnahmen für die Bevölkerung wichtig. Diese kleinen Massnahmen können nicht explizit in der Legislaturplanung aufgeführt werden, gehören jedoch selbstverständlich zu unserer täglichen Arbeit.

6. Umwelt und Energie

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Wie bereits erwähnt, erscheint das Kapitel Umwelt und Energie zum ersten Mal in einer Legislaturplanung. Hinter dem Unterkapitel 6.1, "die Gemeinde handelt nachhaltig", kann ich stehen. Ich frage mich jedoch, wieso diesem Thema ein einzelnes Kapitel gewidmet wird. Alle Legislaturziele müssen in unseren Augen nachhaltig sein. In diesem Sinne gehört der Satz "die Gemeinde handelt nachhaltig" als Leitmotiv in die Legislaturplanung. In Punkt 6.1.1 bin ich etwas enttäuscht, dass die Prüfung eines Projektes zur Förderung erneuerbarer Energie erst im Jahr 2009 realisiert sein soll. Im Indikator sollte nach meiner Meinung stehen, dass das Projekt am Laufen ist, denn unser Klima wartet nicht.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Eine allgemeine Bemerkung zum ersten Teil des Votums von Hansueli Pestalozzi: Unter der Massnahme 6.1.3 ist erklärt, dass wir ein Steuerungssystem im Rahmen der Lokalen Agenda 21 aufbauen wollen. Es ist durchaus möglich, dass dieses System die Dimension des Kapitels Umwelt und Energie sprengt und in der vorliegenden Legislaturplanung in jeden Bereich hineinspielt. Das ist auch die Meinung des Gemeinderates. Wie andernorts bereits gesagt, haben wir gewisse Massnahmen einem Politikbereich zugeordnet, womit jedoch nicht fest steht, dass diese nur dort als essenziell zu betrachten sind.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Zuerst danke ich für die wohlwollende Aufnahme des Bereiches Umwelt und Energie in der Legislaturplanung. Richtig wurde gesagt, dass wir in diesem Bereich neue Aufgaben übernommen haben. Hansueli Pestalozzi erwähnte, dass der Bereich Nachhaltigkeit alle drei Dimensionen, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt umfassen sollte. Diese Meinung teile auch ich. Wir haben die Ziele im Bereich Umwelt und Energie gesetzt, aber wie Luc Mentha vorhin richtigerweise erwähnte, versuchen wir nicht nur dort nachhaltig zu handeln. Der Gemeinderat hat im Bereich Energie versucht, mit der Einleitung eines Projektes einen Akzent zu setzen. In vier Jahren werden wir wiederum einige Schritte weiter sein.

7. Sicherheit ⇒ keine Voten

8. Politik und Verwaltung

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Dieser Bereich geht für uns Liberale sehr stark ins Kapitel Gesellschaft hinein. Für uns sind Gleichstellung und Gleichbehandlung eine Selbstverständlichkeit. Die Ziele des Gemeinderates, einen fixen Geschlechteranteil zu erreichen, erinnert mich persönlich eher an den Geschlechterkrieg aus den Sechzigerjahren, denn heute wird die moderne Gleichstellung - zumindest von meiner Generation - selbstverständlich gelebt. Leistung und Fähigkeit müssen die zentralen Kriterien dafür sein, eine Stelle zu besetzen und nicht das Geschlecht, das Alter, die Hautfarbe oder die Anzahl Haare. Wir Liberalen sind uns bewusst, dass noch viele Themen im Bereich Gleichstellung und Gleichbehandlung offen sind, wie z.B. die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, die Wehrgerechtigkeit, das AHV-Alter oder - etwas entfernter - die häusliche Gewalt. Keines dieser Probleme wird jedoch mit einer Quote zu lösen sein. Im Gegenteil, eine Quote kann sogar dazu führen, die Gleichbehandlung zu verletzen.

Herr Daniel Oester (jfk): Mir fehlt in diesem Bereich etwas die Vision im Bereich gemeindeübergreifende Zusammenarbeit, wie wir es z.B. mit der Stadt Bern zusammen im Bereich der Kehrrichtentsorgung mit dem neuen Abfallreglement realisieren. Das wäre doch ein Anknüpfungspunkt, sich auch bei anderen Gemeindeaufgaben zu überlegen, ob eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Sinn machen würde. Ich denke z.B. an die Zusammenarbeit von Steuerverwaltungen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zum Votum von Bernhard Bichsel: In der Legislaturplanung steht nicht geschrieben, dass wir mithilfe von Quoten eine ausgeglichene Vertretung beider Geschlechter in Kaderpositionen angehen wollen. Aspekte der Gleichstellung wie die Förderung einer guten Durchmischung im Personal mit älteren und jüngeren Mitarbeitenden, von ausländischen und schweizerischen, von Frau und Mann macht Sinn, das sind Erkenntnisse, die nicht im Widerspruch zum liberalen Geist stehen. Unzählige Firmen in der Privat-

wirtschaft haben inzwischen erkannt, dass dies elementare und wichtige Grundlagen für die Führung eines Betriebes sind. Uns schweben keine starren Quotenregelungen vor. Nach wie vor spielt die Qualität der Bewerbung eine ganz wichtige Rolle. Die Erreichung einer ausgeglichenen Vertretung beider Geschlechter wird in einem Personalentwicklungskonzept (PEK) abgehandelt, das nicht nur den Gleichstellungsaspekt bearbeitet, sondern umfassend die Arbeitgeberin Gemeinde Köniz noch fitter machen will, um als attraktive Arbeitgeberin bekannt zu sein und als ganze Verwaltung leistungsfähiger und überzeugender zu werden.

Der Wert von gemeindeübergreifender Zusammenarbeit, die von Daniel Oester erwähnt wurde, ist vom Gemeinderat anerkannt. Er setzte dieses Thema nicht auf die Prioritätenliste, aber ich könnte problemlos eine halbe Stunde über verschiedene, bereits aufgebaute Zusammenarbeiten diskutieren.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich kann das Votum des Gemeindepräsidenten nicht ohne Bemerkung meinerseits stehen lassen. Eine gute Durchmischung des Personals ist absolut wünschenswert. Sogar China ist in Bezug auf Gleichstellung in der Arbeitswelt weiter als die Schweiz. Man muss diese Gleichstellung jedoch leben und nicht reglementieren. Im Indikator steht geschrieben: "Verhältnis Frauen/Männer im Kader 25:75". Ich ging hier selbstverständlich davon aus, dass damit eine Quote angestrebt wird. Wenn Leistung und Fähigkeiten absolut erste Priorität vor einer Quote geniessen, relativiere ich mein Votum.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Fett gedruckt sind in der Legislaturplanung die Ziele, in Normalschrift sind die Massnahmen festgehalten und der Indikator soll zum Ausdruck bringen, in welchem Umfang die Massnahmen einen Beitrag zur Zielerreichung leisten. Der Indikator muss nicht verbal auf eine reglementarische Vorschrift reduziert werden, welche uns im Personalrecht verunmöglichen würde, im Einzelfall die für eine Stelle geeignetste Person zu wählen.

9. Finanzen

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich spreche im Namen der FDP/jfk-Fraktion. Im Bereich der Finanzen unterscheiden sich die Ziele des Gemeinderates und unserer Fraktion grossmehrheitlich. Punkt 1: Wir halten fest, dass der Bilanzfehlbetrag durch den Verkauf des Dreispitzareals ausgeglichen werden kann. Das bedingt jedoch, dass die Mittel gebunden für diesen Zweck verwendet werden. Punkt 2: Wir vermissen das Ziel des Abbaus von Fremdverschuldung in der Legislaturplanung. Einmal mehr werden künftige Generationen ausser Acht gelassen. Das Ziel eines Selbstfinanzierungsgrades von 80 Prozent ist nicht befriedigend, d.h. nämlich neue Schulden in Kauf zu nehmen. Eine moderate Steuerbelastung ist ebenfalls nicht erwähnt. Ich erinnere daran, dass die Gemeinde Köniz mit einer Belastung von mehr als 7 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Wir wollen kein Steuerparadies, sondern eine moderate Steuerbelastung. Aus diesem Grund vermissen wir auch das Ziel einer Steuersenkung. Zur Zeit befindet sich die Gemeinde Köniz in einer ziemlich komfortablen Ausgangslage. Wir haben einen relativ grossen Boom, wir gewärtigen Zuzüge von Arbeitsplätzen, wir florieren. Wenn nun in dieser guten Ausgangslage keine Schulden reduziert werden können und der Steuersatz nicht sinkt, wann dann überhaupt noch? Die FDP/jfk-Fraktion wird von der Legislaturplanung teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Herr Hermann Gysel (EVP): Ich bin wahrscheinlich etwas "zielbeurteilungsgeschädigt". Zu Punkt 9.1.5 habe ich das Ziel "stabile Entwicklung des Transferhaushalts" gelesen. Steigt dieser pro Jahr um 10 Prozent, ist das eine stabile Entwicklung. Sieht das der Gemeinderat ebenfalls so? Wir erklären uns mit der Beurteilung von Bernhard Bichsel betreffend Steuerbelastung nicht ganz einverstanden. Nimmt man die Durchschnittssteuerbelastung der umliegenden Gemeinden und nicht jene der ganzen Schweiz, sieht dieser Punkt wieder anders aus.

Herr Hugo Staub (SP): Es war anzunehmen, dass die Meinungen zu Punkt 9 auseinander gehen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, die Punkte 1 bis 8 stellen ein Programm zur Gesundheitentwicklung der Gemeinde Köniz und nicht ein Programm zum Kranksparen dar. Den Indikatoren und Aussagen in Kapitel 9 ist zu entnehmen, dass sich die Gemeinde Köniz leisten kann, sich gesund anstatt krank zu sparen.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich schliesse an das Votum von Bernhard Bichsel an: Mich freut der Umstand, dass der Wille vorhanden ist, den Bilanzfehlbetrag ohne Steuererhöhung abzubauen. In diesem und auch im nächsten Jahr wird die Wirtschaftslage noch sehr gut sein, die

Steuereinnahmen werden sicher die Erwartungen erfüllen oder sogar übertreffen. In den letzten Jahren wurden in unserer Gemeinde mehr als 2'000 neue Arbeitsplätze geschaffen, das Dorfzentrum von Köniz ist realisiert. Nichtsdestotrotz hat die Gemeinde Köniz immer noch Schulden in der Höhe von über 200 Millionen Franken. Wir haben also investiert und irgendwann muss von diesen Investitionen geerntet und damit die Schulden reduziert werden können. Wenn Hugo Staub erklärt, die Gemeinde dürfe sich nicht kranksparen, teile ich diese Meinung. Es ist jedoch normal, die aufgehäuften Schulden zu reduzieren. Unsere Gemeinde verfügt zudem seit diesem Jahr noch über einen "Lottosechser", die Firma Swisscom Mobile hat ihren Sitz in unsere Gemeinde verschoben. Jetzt müssen wir die Basis dafür schaffen, dass wir bei einer zu erwartenden Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht auf dem Buckel unserer Steuerzahler die heute gemachten Versäumnisse austragen. Betreffend moderate Steuerbelastung in der Gemeinde Köniz: Eine Familie mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von ca. 100'000 Franken bezahlt in unserer Gemeinde 22'200 Franken Steuern. Das schweizerische Niveau liegt fast 2'000 Franken tiefer und in den umliegenden Gemeinden wie Stettlen, Ittigen müssen ungefähr 1'000 Franken weniger bezahlt werden. Ich will kein "Steuerparadies Köniz" schaffen, aber Familienförderung und Familienpolitik heisst nicht nur die Schaffung von Kindertagesstätten, sondern auch jeder einzelnen Familie etwas mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Herr Christoph Salzmänn (SP): Wir sprechen über die Legislaturplanung 2006 - 2009. Es geht in erster Linie darum, den Bilanzfehlbetrag bis ins Jahr 2009 auszugleichen und nicht um Steuersenkungen zum heutigen Zeitpunkt. Zuerst muss das Eine erreicht und dann kann das Andere ins Auge gefasst werden. Beides zusammen geht nicht. Ich verstehe nicht ganz, wo bei der FDP/jfk-Fraktion die Prioritäten gesetzt sind. Steuern senken, Schulden und Bilanzfehlbetrag abbauen; wie soll das innerhalb dreier Jahre aufgehen? Steuerzahlende erwarten für ihre Abgabe auch gewisse Leistungen und diese müssen wir mit einem moderaten Ausbau erbringen.

Herr Daniel Oester (jfk): Mein Votum ist keine Links-Rechts-Debatte. Es geht mir effektiv darum, dass wir uns um die gute Ausgangslage für die Reduzierung von Schulden bewusst sind. Wie es in drei Jahren aussieht, das wurde richtig gesagt, ist noch nicht bekannt und deshalb müssen wir jetzt - beim Vorhandensein der Mittel - handeln.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Dieser Teil der Diskussion war sehr spannend und ich bin sehr froh über die vertiefte Diskussion der Legislaturplanung 2006 - 2009. Aus den Voten der Jungfreisinnigen offenbart sich tatsächlich, dass gewisse Differenzen vorhanden sind. Würde die Steueranlage zum Mass der Dinge erklärt und würden wir bereits jetzt verkünden, dass wir gleichzeitig Schulden abbauen und die Steuern senken wollen, müsste Vieles der Legislaturplanung radikal gestrichen werden. Dann können wir den Bau der Ballsporthalle, die Sanierung der Kirchstrasse, etc. nicht realisieren. Der Gemeinderat erstellte ein Programm, mit welchem er die Sanierung der Finanzen bis Ende 2009 durchführen will. Er will einige Entwicklungsprojekte angehen, die aus seiner Sicht für die Zukunft der Gemeinde Köniz wichtig sind. Nach Auffassung des Gemeinderates ist die Steueranlage nicht das Mass aller Dinge. Analysiert man die gegenwärtige Situation, sprechen - bereits erwähnte - Indikatoren dafür, dass bei den Steuereinnahmen ein gewisses Wachstum eintreffen könnte. Wir sehen einerseits diese Opportunities bei unserer Lagebeurteilung auch, andererseits muss beachtet werden, dass sich rund um Bern sehr viele Gemeinden mit Steuererhöhungen befassen müssen. Auf kantonaler Ebene wird das Steuergesetz revidiert, was den Gemeinden im Jahr 2008 Ausfälle in Millionenhöhe bringen wird. Diese Ausfälle sollen mit Entlastungen aufgefangen werden, welche das Bundesprojekt NFA (Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton) für Kantone und Gemeinden bringen soll. Die beiden Projekte sind jedoch nicht koordiniert. Im Budget für das Jahr 2008 werden wir darüber noch debattieren müssen, denn dort sind die Perspektiven sehr schwierig. Einzelne Gemeinden - ich erwähne Muri - müssen sich mit der Anhebung ihrer Steueranlage befassen. Das steht bei uns nicht im Programm, wir wollen den Steuersatz halten und die Konsolidierung der Finanzen durchführen. Wir verfolgen die Entwicklung im Konjunktursektor sehr aufmerksam. Aber das Legislaturprogramm zum heutigen Zeitpunkt so zusammenstreichen, weil die von Daniel Oester formulierten Vorgaben über allem stehen sollen, ist tatsächlich nicht die Linie des Gemeinderates. Ich widerspreche damit nicht allem, was Daniel Oester gesagt hat, viele Aspekte haben einen Kern Wahrheit in sich und der Gemeinderat wird diese aufnehmen,

sobald sich Gelegenheit dazu ergibt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe mir dieses Votum bewusst bis zum Schluss aufgehoben. Die Jungfreisinnigen sind sehr erfreut, dass das Standortmarketing den Weg in die Legislaturplanung gefunden hat. Befremdet hat uns allerdings der Indikator "Prospekte und Faltblätter". Der Gemeinderat beantwortete unseren Vorstoss betr. ganzheitliches Marketing der Gemeinde Köniz (0518), unter anderem mit dem Argument, es brauche dazu nicht nur Hochglanzbroschüren. Wir erklärten bereits damals klar, dass wir ein gesamtheitliches Gemeindemarketing wünschen, in welchem Broschüren eine mögliche Massnahme sein könnten. Aus diesem Grund drehen wir in diesem Sinne die Kritik des Gemeinderates um und erklären, dass Gemeindemarketing nicht nur aus Hochglanzbroschüren besteht.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich kommentiere dieses Votum nicht weiter. Ich vergass noch das Votum von Herrn Gysel zum Punkt 9.1.5 mit dem Indikator "stabile Entwicklung des Transferhaushalts" zu beantworten. Diesen Indikator hätten wir eigentlich nicht aufzuführen brauchen, da sich der Transferhaushalt unserer direkten Einflussnahme entzieht. Wir können in diesem Bereich höchstens versuchen zu lobbyieren, um jene Entwicklungen im Transferhaushalt zu reduzieren, welche uns ein überdurchschnittliches Wachstum generieren. Unsere Zielsetzung ist, durch Einflussnahme bei Bund und Kanton, das Wachstum des Transferhaushaltes zu dämpfen. Mit der Abgeltung der Zentrumslasten haben wir das an sich bereits erfolgreich erreicht. Wir konnten Beträge in Millionenhöhe an finanziellem Handlungsspielraum gewinnen. Als nächstes werde ich mich im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision des Kantons Bern und der "NFA-Übung" des Bundes dafür stark machen, dass diese beiden Projekte aufeinander abgestimmt werden. Es geht nicht an, dass schlecht koordinierte Projekte von Bund und Kanton bei den Gemeinden im Bereich der Steuereinnahmen plötzlich Lücken in Millionenhöhe schlagen.

Mit 18 Stimmen zustimmend, 20 Stimmen teilweise zustimmend, bei 1 Enthaltung, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Legislaturplanung 2006 - 2009.

4. Ortsplanungsbericht 2001 - 2005

Kenntnisnahme; Direktion Planung und Verkehr

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Gemäss Baureglement ist der Gemeinderat verpflichtet, dem Parlament über die Ortsplanung Bericht zu erstatten. Der vorliegende Bericht betrifft die Legislaturperiode 2001 - 2005 und ist in erster Linie ein Rückblick. Er gibt uns Auskunft über Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Infrastruktur, Landschaft, Ökologie, Wirtschaft und Regionalplanung der vergangenen vier Jahre. Im Bericht sind viele interessante Zahlen enthalten, er enthält aber auch Schlussfolgerungen und einen Ausblick in die Zukunft. Die GPK empfiehlt ihnen einstimmig, vom Ortsplanungsbericht 2001 - 2005 zustimmend Kenntnis zu nehmen. Ich teile die Meinung der SVP-Fraktion mit: Wir werden zustimmend Kenntnis vom Ortsplanungsbericht 2001 - 2005 nehmen.

Herr Peter Antenen (parteilos): Ich habe die Ehre, die Stellungnahme der FDP-Fraktion abzugeben. Der vorliegende Ortsplanungsbericht ist ein Bericht über vergangene Tätigkeiten, die je nach politischer Couleur interpretiert werden können. Etwas interessanter ist sicher Punkt 8, Schlussfolgerungen und Ausblick. Aus der Optik der FDP ist positiv zu werten, dass eine generelle Überprüfung der Siedlungsstrukturen stattfinden soll, wie auch, dass Umzonungen auf Nutzen und deren Folgekosten überprüft werden sollen. Aber auch, dass Arbeitszonen grösstmöglichst für die Wirtschaft verfügbar gemacht werden sollen. Dass die Gemeinde Köniz weiterhin regional aktiv sein will und sich in regionale Gremien einbringen will, ist ebenfalls als sehr positiv zu werten. Dass der Punkt Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing - wie heute Abend bereits erwähnt - ein wichtiger Punkt für die Zukunft ist, ist sicher richtig. Im Ortsplanungsbericht ist zu lesen: "Stärken des öV-Knotenpunkts Köniz". Was will man im Knoten Köniz - auf das Ortszentrum bezogen - noch stärken? Das Zentrum ist durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossen. In diesem Zusammenhang mache ich noch eine kleine Zwischenbemerkung: Im Bütschliackerquartier in Schliern wurde auf einer Länge von mehr als 1 Kilometer eine Tempo-30-Zone realisiert. Demnach wird dort nie ein öffentli-

cher Bus fahren können und somit sind einige hundert Personen vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten. Man kann sich auch fragen, wie viele Fussgängerbegegnungszonen wirklich notwendig und von der Bevölkerung gewünscht sind. Aus Sicht der FDP-Fraktion kommt der motorisierte Individualverkehr etwas zu kurz. Es wird zwar auf die Neuauflage des aus dem Jahr 1994 stammenden Verkehrsrichtplanes hingewiesen und erklärt, dass zusätzlich überregionale Schnittstellen und Agglomerationsprogramme näher betrachtet werden. Darüber, was konkret realisiert werden muss, um dereinst den Verkehr bewältigen zu können, konnten wir der Schlussfolgerung im Bereich Verkehrsentwicklung nicht viel entnehmen. Im Bereich der Landschaftsentwicklung/Ökologie ist viel Gutes aufgeführt, aber die finanziellen Rahmenbedingungen lassen vielleicht nicht allzu viel davon realisieren. Die FDP-Fraktion wird vom Ortsplanungsbericht teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat und besonders den Mitarbeitenden der Verwaltung für diesen ausführlichen Ortsplanungsbericht 2001 - 2005. Vor uns liegt ein Grundlagenpapier, das dem Parlament - insbesondere den neueren Mitgliedern unter uns - hilft, sich einen Überblick über das umfassende Thema zu schaffen. Er wird uns sicher auch als Arbeitsinstrument für die kommenden Jahre dienen. Mit solchen Berichten werden unter anderem Gemeindechroniken verfasst und damit die Geschichte der jüngeren Zeit verfolgt. Es finden sich aber auch viele wichtige und spannende Zukunftspläne, wie z.B. der grosse Brocken der Teilrevision der Ortsplanung, aber auch kleine Planungen wie die Realisierung eines Netzes von Naturerfahrungsräumen für Kinder für das erdgebundene Spiel. Noch einmal ein herzliches Dankeschön für den ergiebigen und ansprechend gestalteten Bericht.

Herr Urs Maibach (GB): Wir haben einen Ortsplanungsbericht vor uns liegen, der sehr viele Informationen darüber enthält, was in den letzten vier Jahren realisiert wurde. Ich danke im Namen der Grünen Fraktion herzlich für diese Arbeit. Neben der guten Zusammenstellung und der rückblendenen Aufnahme, enthält jedes Kapitel eine Schlussfolgerung mit Ausblick. Darin sind sehr viele gute Ansätze enthalten. Es wird jedoch richtigerweise darauf hingewiesen, dass als übergeordnetes Instrument zunächst das REK (Raumentwicklungskonzept Köniz) erarbeitet werden soll. Wir betrachten die Schlussfolgerungen demnach als eine Art Zwischenlösung, als Meinung von Gemeinderat und Verwaltung zum REK. Die GB/GFL-Fraktion wird zustimmend Kenntnis vom Bericht nehmen.

Ich komme auf zwei Punkte zu sprechen: Zuerst auf die Siedlungsentwicklung. Die Gemeinde Köniz hat von 1990 - 2005 um 602 Einwohnende zugenommen und somit endlich die Marke von 38'000 Einwohnenden überschritten. Geplant ist eine weitere, relativ anspruchsvolle, Zunahme von Einwohnenden und die Frage stellt sich, ob und unter welchen Umständen solches noch möglich ist. Zum einen ist bei der Altersstruktur festzustellen, dass die geburtenstarken Jahrgänge älter werden und in der nächsten Legislatur ins AHV-Alter kommen, d.h. die Sterberate wird ansteigen. Dem gegenüber sinkt die Geburtenrate, wir haben eine Kinderate von 1,4 Kindern/Frau, d.h. die Bevölkerung nimmt ab. Woher kommen dann die neuen zusätzlichen Einwohnenden? Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder locken wir Einwohnende von Nachbargemeinden an, was uns jedoch in den letzten 15 Jahren nicht gelungen ist. Oder wir generieren eine Zunahme an Einwohnenden durch ausländische Personen. Betrachten wir die Bevölkerungsentwicklung auf Seite 6, ist festzustellen, dass von 1981 bis 2003 die Bevölkerungszahl nur infolge Migration aus dem Ausland erhöht werden konnte. Das ist für uns Grüne kein Problem, ich weise jedoch darauf hin, dass Art und Ausmass des Wachstums gut im Auge behalten werden müssen. Die Integration wird ein wirklich wichtiges Thema werden. Das zweite brennende Thema ist die Verkehrsentwicklung. Im Gegensatz zu der Bevölkerungszahl hat der Verkehr überdurchschnittlich stark zugenommen. An gewissen Orten, wie z.B. an der Hessesstrasse, hat sich der Verkehr von 1994 bis heute nahezu verdoppelt. Hier ist dringender Handlungsbedarf vorhanden. Die Studie auf Seite 12 über die Siedlungsentwicklung im Raum Köniz/Liebefeld zeigt das in alarmierender Weise auf. Ich habe festgestellt, dass im Zeitraum 2005 - 2010 auf der Achse Könizstrasse/Schwarzenburgstrasse je mit rund 6'000 Fahrten durch den motorisierten Individualverkehr zu rechnen ist. Geplant sind in diesem Raum rund 1'600 neue Parkplätze. Solche Szenarien und Zahlen müssen uns dazu bewegen, nochmals "über die Bücher" zu gehen und nach Möglichkeiten für eine Reduktion zu suchen.

Es freute mich deshalb auch in den Schlussfolgerungen zu lesen, dass Ansätze aufgezeigt

werden, die in die richtige Richtung gehen. Das sind die Abstimmungen von Siedlung und Verkehr, d.h. das Fördern kurzer Wege und die Förderung des Knotenpunktes Bahnhof Köniz durch den öffentlichen Verkehr. Wir müssen dazu Sorge tragen, nicht nur davon sprechen, sondern griffige und wirkungsvolle Massnahmen dafür realisieren.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die wohlwollende und mehrheitlich positive Aufnahme des Ortsplanungsberichtes. Der Bericht wurde unter Federführung der Planungsabteilung, zusammen mit der Verkehrsabteilung, realisiert und war sehr arbeitsintensiv. Ich werde den ausgesprochenen Dank an meine Mitarbeitenden weiterleiten. Auch aus meiner Sicht ist der Ortsplanungsbericht ansprechend gestaltet, jedoch nicht nur, sondern er ist auch ein fundierter und ausgezeichnete Rückblick auf die letzten Jahre. Wie Annemarie Berlinger richtig erwähnte, ist er Arbeitsinstrument und Grundlagenpapier für die Zukunft.

Zu den einzelnen Voten: Peter Antenen fragte, was im öV-Knotenpunkt Köniz noch gestärkt werden soll. Eines unserer Anliegen ist, die Haltestellen der Busse, die im Zentrum von Köniz an verschiedenen Orten sind, an einem Ort beim Bahnhof Köniz zu konzentrieren. Peter Antenen sagte auch, infolge der Tempo-30-Zone sei das Büschackerquartier vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten. Diese Aussage kann ich so nicht unterstützen, denn Tempo 30 schliesst den öffentlichen Verkehr nicht aus (siehe Ortszentrum Köniz). Wie vorhin zur Legislaturplanung bereits erwähnt, nehmen wir Verbesserungen für den motorisierten Individualverkehr in Angriff, wie die Spange von der Schwarzenburgstrasse auf die Landorfstrasse und die so genannte Südtangente, den unterirdischen Anschluss von Wabern an die A12. Erwähnt wurde auch, dass Bachrevitalisierungen nicht vordringlich seien. Ich erinnere hier an die Diskussion zum Landschaftsentwicklungskonzept (LEK), wo klar zum Ausdruck kam, dass 80 bis 90 Prozent unserer Amphibien- und Reptilienarten im höchsten Mass gefährdet sind. Dieses Anliegen kann demnach nicht unwichtig sein, denn unsere Natur soll einigermassen intakt bleiben. Kurz noch zum Votum von Urs Maibach betreffend der angestrebten jährlichen Zunahme von 200 Einwohnenden: Dieses Ziel ist sehr ehrgeizig, aber ich erinnere euch daran, dass mehrere Areale in der Gemeinde Köniz - Dreispitzareal, Weissenstein/Neumatt, Ried Niederwangen, die Seniorenresidenz an der Schlossstrasse, das Areal alte Migros, Morillon und Hertensbrunnen Schliern - überbaut werden oder kurz davor stehen. Diese Überbauungen werden sicher zu einer Zunahme der Einwohnenden in der Gemeinde Köniz führen. Um das Ziel, die Zunahme von zusätzlichen Einwohnenden zu gewinnen, ist die Qualität sehr wichtig, wie z.B. gute Erschlossenheit durch den öffentlichen Verkehr und der grüne Freiraum. Der Naherholungsraum ist eine der Stärken von Köniz, und diesen wollen wir um jeden Preis erhalten. Wir wollen keinen "Wohnbrei" realisieren.

Mit 27 Stimmen zustimmend, 11 Stimmen teilweise zustimmend, bei 1 Enthaltung, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt vom Ortsplanungsbericht zur Legislaturperiode 2001 bis 2005 Kenntnis.

Stefan Lehmann verlässt um 20.55 die Parlamentssitzung, somit sind noch 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

5. Parzellen 20 und 2654 Stapfenstrasse, Köniz, Kauf

Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Landerwerb im Rahmen der strategischen Bodenpolitik und ist auch im Zusammenhang mit dem Rappentöri-Areal und einem Teil der Schlossmatte zu sehen, die zur Zeit neu geplant werden. Aus diesem Grunde ist auch der Hinweis im Bericht des Gemeinderates aufgeführt, dass es von Vorteil sei, wenn die Gemeinde einzige Grundeigentümerin dieser Parzelle ist. Zur Zeit ist noch völlig offen, was dereinst auf diesem Areal geplant wird. Der Kanton ist auf einen Verkauf nicht angewiesen, eine allfällige Umzonung würde eine Gewinnbeteiligung des Kantons auslösen. Bei einer Ablehnung entstehen kurzfristig keine negativen Folgen, mittel- und langfristig bestünde das Risiko, dass der Kanton nicht mehr verkaufen will. Finanzpolitisch gesehen handelt es sich um eine Investition in eine Finanzanlage, für welche ein Gegenwert vorhanden ist und die Laufende Rechnung lediglich durch die Zinsen belastet wird. Zu disku-

tieren gab einzig der Zeitpunkt des Kaufes, d.h. die Frage, ob er nicht auch zu einem späteren Zeitpunkt zu gleichen Konditionen getätigt werden könnte, damit nicht neue Zinsbelastungen generiert werden. Oder ob beispielsweise auch ein Vorkaufsrecht prüfenswert wäre. Die Argumentation von Gemeindepräsident Luc Mentha, dass das Zeitfenster vom Kanton her jetzt für einen Kauf offen ist und das Land zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Gemeinde dereinst weiss, was mit dem Terrain geschehen soll, nicht mehr zu denselben Konditionen erhältlich sein könnte, bewog die GPK einstimmig dazu, dem Parlament den Kauf dieser Parzellen zu empfehlen. Ich gebe die Stellungnahme der FDP/jfk-Fraktion bekannt: Auch wir sind strategischem Bodenerwerb gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Bei unserer Fraktion stand auch der Zeitpunkt des Kaufes zur Diskussion, weil hier neue Zinsbelastungen geschaffen werden. Auch wenn diese Belastung nicht gross ist, scheint sie uns doch im Hinblick auf die kommende Budgetdiskussion durchaus von Bedeutung zu sein. Trotzdem sind wir mit der Strategie des Gemeinderates einverstanden und der Meinung, das Zeitfenster für den Kauf zu den vorgelegten Konditionen sei jetzt offen. Wir stimmen dem Kauf der beiden Parzellen zu.

Eintreten

Herr Valentin Lagger (CVP): Wenn man des Nachts träumt, kommen mitunter logische Sachverhalte vor. Man hört, das Kulturkonzept werde noch nicht präzisiert, weil noch nicht bekannt sei, was realisiert wird und was bezahlt werden muss. Man hört, dass die Finanzen knapp sind, wenn es darum geht, die Ballsporthalle zu bauen. Und plötzlich wacht man auf. Genau so erging es mir bei diesem Geschäft. Der Gemeinderat erklärt im Bericht dazu, dass die Parzelle strategisch wichtig sei, die zukünftige Planung werde erleichtert, wenn das ganze Gebiet der Gemeinde gehöre und bei einer Umzonung bleibe die Hälfte des Ertrages in der Tasche der Gemeinde. Dem ist durchaus zuzustimmen. Der Gemeinderat erklärt in seinem Fazit, der Kauf sei städtebaulich, siedlungsplanerisch und finanziell sinnvoll. Zum Argument städtebaulich: Da das Areal noch Landwirtschaftszone ist, kann dazu noch nicht viel gesagt werden. Das Argument siedlungsplanerisch: Es ist noch keine Idee vorhanden, was zu welchem Zeitpunkt realisiert werden soll. Finanziell: Der Preis scheint angemessen zu sein. In der Logik der heute geführten Diskussion ist jedoch nicht klar, weshalb diese Parzellen gerade jetzt gekauft werden müssen, denn in den Budgets sind ab 2008 jährliche Einsparungen in der Höhe von 2 Millionen Franken vorgesehen. Der Ausgabe steht ein Finanzwert gegenüber, aber trotzdem wird der Kauf jährlich rund 9'000 Franken an Zinsen auslösen. Finanzpolitisch steht dieser Kauf etwas quer in der Landschaft. Genau diese Bedenken wurden - wie Harald Henggi ausführte - anlässlich der GPK-Sitzung geäussert. Der Gemeinderat setzte sich sehr stark für das Geschäft ein und die GPK liess sich davon überzeugen, dass das Zeitfenster für den Kauf genau jetzt offen ist. Die CVP/EVP-Fraktion vertraut dem Gemeinderat und stimmt dem Geschäft zu, wird jedoch die finanzpolitische Lage genauestens verfolgen. Wir gehen davon aus, dass er die Sache im Griff hat und die Verantwortung für das heutige Geschäft übernimmt. Wir würden jedoch anlässlich der nächsten Budgetdebatte sehr ungern hören, der Einkaufskorb sei überladen.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Wenn wir dem Kauf der beiden Parzellen gemäss Antrag des Gemeinderates zustimmen, setzen wir ein wichtiges strategisches Zeichen. Der Kauf der beiden Parzellen stellt zudem sicher, dass die Gemeinde Eigentümerin einer zusammenhängenden Grossparzelle wird. Bis auf diese beiden Grundstücke des Kantons gehört alles unüberbaute Land zwischen dem Friedhof Köniz und der Schlossmatte der Gemeinde. Wir erachten den Kaufpreis in der Höhe von ungefähr 12.15 Franken/m² als durchaus vertretbar. Zu gegebenem Zeitpunkt muss dem Kanton eine Gewinnabschöpfung von 50 Prozent überwiesen werden, diese ist jedoch für die Gemeinde Köniz verkraftbar, wenn man sieht, welches strategische Potenzial dieses Areal darstellt. Die SVP wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Herr Alfred Arm (SP): Die Ausgangslage präsentiert sich wie folgt: Das Land liegt mitten in Köniz, der Preis ist in den Augen der GPK günstig. Der Kanton ist bereit zum Verkauf der Parzellen und was in vier Jahren sein wird, steht noch in den Sternen. Die Zinskosten sind nicht hoch. Die Perspektiven: Das zentrumsnahe Areal kann für verschiedene Funktionen genutzt werden wie z.B. Wohnen, als Reserve für den Friedhof oder als Naherholungsraum. Es wurde kritisiert, dass noch nicht bekannt sei, was mit diesem Areal geschehen solle. Vielleicht sind

die Perspektiven noch nicht klar, das Potenzial jedoch schon. Es gibt Beispiele von Landkäufen, bei welchen noch nicht klar war, was mit dem Areal dereinst geschehen soll. Ich nenne eines: Das Areal, auf welchem nun die Swisscom Mobile ihr Verwaltungsgebäude realisiert. Für den Kauf der Parzellen sprechen verschiedene Gründe: Die Gemeinde erhält mit diesem Kauf gute Karten, die sie für die Zukunft der Gemeinde brauchen kann. Sie kann ihren Einfluss bei der Entwicklung der Gemeinde geltend machen. Der Kauf stärkt die öffentliche Hand gegenüber Interessen von privaten Landeigentümern. Er stärkt den Einfluss auf Bauprojekte oder Erholungsbereiche. Letztlich, davon bin ich überzeugt, werden dadurch auch die Finanzen gestärkt. Der Kauf dieser Parzellen ist mehr als die Anschaffung von Tafelsilber, denn Land ist im Gegensatz zu Edelmetall ein realer Wert. Hier müssen wir zuschlagen. Die Gegner des Landkaufes suchen in meinen Augen nach einem nicht vorhandenen Haar in der Suppe. Die SP wird dem Kauf der beiden Parzellen zustimmen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Für die GB/GFL-Fraktion ist der Kauf der beiden Parzellen eine Frage der Nachhaltigkeit. Künftige Generationen sollen die gleichen Chancen haben wie wir heute. Unsere Generation hat viel Gemeindeland überbaut und es liegt in unserer Verantwortung, Reserven zu schaffen. Hätten frühere Generationen kleinlich gedacht, stünden wir heute viel schlechter da. Der Preis ist günstig, die Lage optimal und die Gemeinde kann steuern, was am Fusse des Schlossareals geschehen soll. Ich bin Mitglied in der Begleitgruppe REK und in der Begleitgruppe Naturpark Köniztal. Ein schönes Naherholungsgebiet hinten im Köniztal nützt nicht viel, wenn dieses nur über asphaltierte und verkehrsreiche Strassen zu erreichen ist. Eine Möglichkeit für sinnvolle Nutzung des Areals wäre die Realisierung eines attraktiven Fussweges vom Zentrum in Köniz ins Köniztal. Auch der Sulgenbach, der bis anhin auf der Parzelle 20 in einem hässlichen Schacht verschwindet, könnte ausgedolt werden und somit würden ganz nahe beim Zentrum naturnahe Bereiche geschaffen. Die GB/GFL-Fraktion stimmt dem Landerwerb einstimmig zu.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke bestens für die positive Aufnahme des Geschäftes in allen Fraktionen. Das bestätigt die Bedeutung unserer strategischen Bodenpolitik, die wir seit Jahrzehnten verfolgen. Die strategische Bodenpolitik ist nichts anderes als ein Element in der Standortförderung und -entwicklung unserer Gemeinde. Wir haben positive wie negative Beispiele aufzuweisen. Ein positives Beispiel: Das Areal, auf welchem heute die Swisscom Mobile ihren Geschäftssitz hat, wurde zu einem Zeitpunkt gesichert, als nicht greifbar bekannt war, ob die Swisscom Mobile oder ein anderer Interessent wirklich zugreifen wird. Gewisse Risiken waren vorhanden, aber man glaubte daran, dort etwas Gutes realisieren zu können. Ein negatives Beispiel: Seit Jahren versuchen wir in Niederwangen beim Wangenbrüggli für die Bevölkerung ein Ortszentrum zu entwickeln. Weil dort jedoch diverse Landeigentümer mit sehr unterschiedlichen Interessen vorhanden sind, die nicht unter einen Hut gebracht werden können, gelingt uns die Realisierung eines Ortszentrums nicht. Im Wangental sind weitere, strategisch optimal gelegene Parzellen nicht im Besitz der Gemeinde. Die Gemeinde muss sich rechtzeitig und von langer Hand strategisch wichtige Grundstücke sichern, um sie nach ihren Vorstellungen zu entwickeln und zum richtigen Zeitpunkt anbieten zu können. Wir - ich spreche nicht nur vom Gemeinderat, sondern auch von den politischen Behörden - können die Nutzungsvorstellungen, welche entwickelt werden und vor allem die Verfügbarkeit von eigenem Land viel besser durchsetzen. Die Bedenken, welche Valentin Lager geäußert hat, würde ich aus der Sicht des Gemeinderates als finanzpolitisch zu kurz überlegt beurteilen. Ich gebe zu bedenken, dass wir an unserer Finanzlage nichts verschlechtern, weil wir für 12.15 Franken pro Quadratmeter mindestens den Gegenwert dafür erhalten.

Mit 36 Stimmen, bei 2 Enthaltungen (Ziffern 1 und 2,) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament beschliesst, die Parzellen Nrn. 20 und 2654 an der Stapfenstrasse in Köniz vom Kanton Bern zum Preis von CHF 350'000.00 sowie Verschreibungskosten von CHF 8'000.00 zu erwerben.*
- 2. Der erforderliche Kredit von CHF 358'000.00 wird zu Lasten Konto Nr. 142.500.0001 (Bestandskonto Nr. 1023.1229) bewilligt.*

6. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme / Nachkredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Die GPK hat die vorliegenden Kreditabrechnungen anlässlich ihrer Sitzung einzeln behandelt und empfiehlt dem Parlament einstimmig, davon zustimmend Kenntnis zu nehmen und den Nachkredit von Fr. 6'842.55 zu bewilligen. Ich habe drei Erläuterungen zu diesem Geschäft: Bei Kredit Nr. 1 tauchte die Frage nach der Aktivierungspraxis der Eigenleistungen auf. Gemäss den bestehenden Weisungen werden Eigenleistungen (Leistungen der Gemeinde) nur dann aktiviert, wenn der Kredit über 200'000 Franken liegt und die Eigenleistungen mehr als 10'000 Franken ausmachen. Zu Kredit Nr. 5 wurde gefragt, weshalb das Stundenkontingent nicht ausgeschöpft worden sei. Diese Frage wurde nachträglich (Gemeinderat Ueli Studer musste die GPK-Sitzung frühzeitig verlassen) wie folgt beantwortet: Hier handle es sich um einen Kredit für die Jahre 2000 - 2003. Im Oktober 2001 bewilligte das Parlament knapp 24'000 zusätzliche Betreuungsstunden. Die Nachfrage entwickelte sich jedoch nicht wie geplant. Erst die Zusammenlegung des Tageselternvereins mit den Kindertagesstätten und damit die Schaffung einer professionellen Geschäftsstelle, machten die optimale Koordination des Angebotes möglich. Die Betreuungsstunden nahmen erst in den Folgejahren markant zu. Bei Kredit Nr. 7 wurde gefragt, was die Stiftung Berner Wohn- und Arbeitsprojekte mache. Die Stiftung betreibt am Weierbühlweg 4 in Köniz eine Wohngemeinschaft. Die Institution richtet sich an obdachlose Menschen, die nicht selbstständig wohnen können und dort vorübergehend Unterkunft, Betreuung und Tagesstruktur erhalten. Im Zentrum stehen Unterkunft und Verpflegung sowie die Förderung der Wohnfähigkeit und der Sozialkompetenz und die Verbesserung der sozialen Integration. Ich gebe die Meinung der FDP/jfk-Fraktion bekannt: Wir nehmen zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen und bewilligen den Nachkredit.

Eintreten

Herr Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion wird von Ziffer 1 nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Dies mit der Begründung, dass hier wiederum Schnee von vorgestern liegt, d.h. Kreditabrechnungen aus den Jahren 1987 oder 1994 enthalten sind. Nach unserer Meinung sollte es möglich sein, die Kreditabrechnungen früher vorzulegen. Ziffer 2 werden wir genehmigen.

Frau Brigitta Matter (SD): Mich freut, dass es nur einen Nachkredit zu bewilligen gibt. Die Kreditunterschreitungen sind zum Teil recht hoch, was mich an der Höhe der bewilligten Kredite zweifeln liess. Waren diese nicht zu hoch angesetzt? Schlussendlich ist dieser Fall jedoch besser als zu tief angesetzte Kredite. Wir stimmen dem Nachkredit zu.

Frau Stephanie Staub (SP): Bereits im Jahr 2003 sprach Rolf Zwahlen bei den Kreditabrechnungen von "Leichen im Keller". Ich stellte bei Recherchen zu diesem Thema fest, dass das lange Liegenlassen von "Leichen", von Vorteil sein kann. Infolge der langen Realisierungszeit konnten ein gemeinsamer Leitungsraben mit der Wasserversorgung sowie eine gemeinsame Rohrleitung mit der BKW Energie AG realisiert und dadurch eine Kreditunterschreitung erreicht werden. Ich danke der Verwaltung, dass sie durch weitsichtige Zusammenarbeit solche Kreditunterschreitungen möglich macht.

Herr Urs Maibach (GB): Dieses Geschäft zeigt einen erfreulichen Abschluss, denn wir haben - bis auf eine Ausnahme - weniger ausgegeben als grundsätzlich budgetiert. Ich danke allen herzlich, die zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen und vor allem jenen, die die Kreditunterschreitungen nicht ausgereizt haben. Die Gefahr besteht immer, mit den übrig gebliebenen Mitteln eine nicht unbedingt notwendige oder nicht klar geplante Investition zu tätigen. Die Frage, ob die Budgetierung für solche Kredite immer in genügendem Rahmen abläuft, ist angesichts der vielen Budgetunterschreitungen sicher berechtigt. Anlässlich der GPK-Sitzung wurde uns jedoch erklärt, dass nachvollziehbare Gründe für die Einsparungen vorhanden seien. Die GB/GFL-Fraktion wird von den Kreditabrechnungen zustimmend Kenntnis nehmen und Ziffer 2 bewilligen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe aufmerksam zugehört, verzichte jedoch angesichts der vorgerückten Zeit auf eine detaillierte Stellungnahme.

Detailberatung

Kredit Nr. 5, Tageselternverein Köniz 2000 - 2003

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich bringe einige Bemerkungen zur Begründung der Kostensteigerung pro Betreuungsstunde an. Die Kostensteigerung pro Betreuungsstunde ist Tatsache. Sie hat einen Zusammenhang mit der Einführung des neuen Tarifmodells - wofür die Verantwortung nicht bei der Gemeinde Köniz zu suchen ist - und mit der allgemeinen Teuerung. Die beiden Begründungen, Zusammenlegung der Tagespflege und der Kindertagesstätten sowie Entwicklung einer neuen EDV-Gesamtlösung (KITA und Tagespflege) geben mir zu denken und ich hoffe, dass darüber noch diskutiert werden kann. Wenn eine Zusammenlegung zu einer Kostensteigerung führt, wurde in meinen Augen ein falscher Weg eingeschlagen, denn damit sollten eigentlich Synergien genutzt und Einsparungen realisiert werden. Wenn die Entwicklung einer EDV-Gesamtlösung zu einer Verteuerung führt, wurde in meinen Augen wiederum der falsche Weg eingeschlagen.

Kredit Nr. 6, Neubau Kindergarten Mittelhäusern

Herr Thomas Hänni (FDP): Diese Abrechnung ist sehr erfreulich, die Kostenunterschreitung ist sehr deutlich. Die Begründung, dass Minderkosten infolge günstiger Vergebungsbedingungen und Synergienutzen realisiert werden konnten, ist in meinen Augen sehr gut. Die Begründung jedoch, dass die Minderkosten unter anderem infolge Eigenleistungen der Gemeinde im Bereich Architektur realisiert wurden, ist in meinen Augen nicht gut. Es darf nicht sein, dass die Gemeinde Eigenleistungen erbringt, welche viele in der Gemeinde Köniz ansässige Architekturbüros gerne übernommen hätten. Diese Firmen zahlen Steuern und deren Inhaber oder Mitarbeiter leben oftmals in der Gemeinde. Die Abteilung Gemeindebauten hat in meinen Augen vor allem zu koordinieren, Schulhäuser zu kontrollieren, usw. Die Gemeinde darf jedoch kein Architekturbüro betreiben.

Herr Hans Moser (SVP): In unseren Augen ist die Kreditunterschreitung des Neubaus Kindergarten Mittelhäusern sehr positiv. Auch die Begründung, dass zusammen mit dem Schulhaus Mittelhäusern eine gemeinsame Energieerzeugung realisiert wurde, ist ebenfalls als sehr positiv zu betrachten. Mich interessiert Folgendes: Wie hoch sind die Kosten für die Erstellung der Heizung im Schulhaus Mittelhäusern?

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich habe heute keine genauen Zahlen vorliegen, werde dies jedoch abklären und die Kosten bekanntgeben. Ich spreche noch gleich zum Votum von Thomas Hänni: Die Gemeinde beabsichtigt keinesfalls, KMU-Betriebe zu konkurrenzieren. In diesem speziellen Fall lagen jedoch die Pläne des baugleichen Kindergartens Fröschli in Schliern fixfertig in der Schublade und konnten 1 : 1 für den Kindergarten in Mittelhäusern übernommen werden, was sinnvoll war.

Mit 32 Stimmen zustimmend, 6 Stimmen teilweise zustimmend (Ziffer 1) und einstimmig (Ziffer 2), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Kreditabrechnungen:

Nr.	FIK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abw.	in %	NK Pa.
1	44	270.501.3751	DPV	Liebewil-/Freiburgstrasse, Trottoir und Beleuchtung	54'000.00	1987	22'842.75	-31'157.25	-57.70	
2	48	142.503.0001	DPF	Könizstrasse 207, Sanierung Gebäudehülle	460'000.00	2004	412'565.60	-47'434.40	-10.31	
3	35	530.501.1660	DBE	Niederwangen, Erschliessung Stegenweg	192'000.00	2002	183'371.25	-8'628.75	-4.49	
4	37	520.501.4657	DBE	Niederwangen, Stegenweg und Hallmattstrasse, Erschliessung	190'000.00	2002	181'789.05	-8'210.95	-4.32	
5	56	320.365.79	DBS	Tageselternverein Köniz 2000-2003	2'080'000.00	2000 2001	1'939'254.59	-140'745.41	-6.77	
6	58	364.503.1604	DBA	Neubau Kindergarten Mittelhäusern	525'000.00	2004	400'545.40	-124'454.60	-23.71	
7	59	320.365.84	DBS	Stiftung Berner Wohn- und Arbeitsprojekte 2001-2004	1'480'000.00	2001	1'412'273.10	-67'726.90	-4.58	
8	60	141.503.028	DBA	Investitionsbeitrag 40 % für das Scherzhaus Köniz	1'700'000.00	2000	1'039'670.85	-660'329.15	-38.84	
9	67	242.501.0755	DPV	Liebewilstrasse, Thörishaus Trottoir und Beleuchtung	138'000.00	1987	132'434.75	-5'565.25	-4.03	
10	66	144.503.0207	DBA	Schloss Köniz, Erwerb und Sanierung	2'500'000.00	1996	2'491'636.75	-8'363.25	-0.33	
11	65	362.503.1664	DBA	Schule Niederwangen, Post-Provisorium	250'000.00	1994	256'842.55	6'842.55	2.73	6'842.55
12	64	362.503.1667	DBA	Schule Niederwangen, Modulbau	1'470'000.00	2001 2000	1'446'414.80	-23'585.20	-1.60	
13	62	122.503.0252	DBA	Neubau Serrerraum und Massnahmen Sicherheit IZ Köniz-Muri	485'000.00	2003 2004	441'987.95	-43'012.05	-8.87	

2. Das Parlament bewilligt den erforderlichen Nachkredit: Fr. 6'842.55 zu Lasten Konto Nr. 362.503.1664 / Schule Niederwangen Post-Provisorium.

6.a Morillon, Baufelder 17 und 18, Genehmigung der Mehrwertabschöpfung

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP, GPK-Sprecher): Dieses Geschäft beinhaltet auf der einen Seite die Kenntnisnahme des Berichtes und auf der anderen Seite die Genehmigung des Entwurfes des Mehrwertabschöpfungsvertrages für die Baufelder 17 und 18 im Planungssperimeter Morillon. Die Geschichte dazu ist den beiliegenden Unterlagen zu entnehmen. Ich wiederhole sie nicht. Für jede Etappe wird ein neuer Vertrag benötigt. Das Geschäft ist nicht gebunden, da der Gemeinde die Wahl zwischen dem Bezug des Mehrwertes in bar oder in Form von Bruttogeschossfläche zusteht. Das Parlament ist das finanzkompetente Organ. Im Jahr 2000 hat der Grosse Gemeinderat der Mehrwertabschöpfung für das Baufeld 13 in analoger Form zugestimmt. Die Abschöpfung für die Baufelder 11 und 12 erfolgte 2002/2003 und fiel in die Zuständigkeit des Gemeinderates. Der vorliegende Antrag ist ein Folgegeschäft und die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, vom Bericht zustimmend Kenntnis zu nehmen und dem Entwurf des Mehrwertabschöpfungsvertrages für die Baufelder 17 und 18 zuzustimmen.

Einstimmig (Ziffern 1 und 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates betreffend den Entwurf des Mehrwertabschöpfungsvertrages vom 11. September 2006 zwischen der Bauherrschaft Morillon und der Gemeinde, die Baufelder 17 und 18 betreffend.
2. Das Parlament genehmigt den Entwurf des Mehrwertabschöpfungsvertrages, welcher der Gemeinde für die Baufelder 17 und 18 einen Betrag von Fr. 469'298.00, zahlbar innert 60 Tagen nach Erhalt der Baubewilligung, zusichert.

Die Verhandlung wird für fünf Minuten unterbrochen.

7. Postulat Mäder (SP) betr. Konzept sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Beantwortung 0608; Direktion Präsidiales und Finanzen

Frau Anna Mäder (SP): Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein heikles Thema, mit welchem man sich nicht nur Freunde schafft. Trotzdem muss sich die Gemeinde als Arbeitgeberin dem Thema stellen und ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulates. Ich bin froh, dass bereits ein Merkblatt zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz vorhanden ist, bin jedoch - wie der Gemeinderat - der Meinung, dass dieses allein nicht genügt. Das Merkblatt ist einerseits nicht ganz vollständig und andererseits vor allem für Opfer von sexueller Belästigung konzipiert. Das ist zwar gut und wichtig, was jedoch vollständig fehlt, ist ein Konzept als Führungsinstrument, womit die Verantwortlichen im konkreten Fall die richtigen Massnahmen treffen können. Zum Stichwort sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz kommt sicher allen die in Bern bestens bekannte so genannte "Tierpark-Affäre" in den Sinn. Ich bin der Meinung, dass es in der Gemeinde Köniz genau so nicht laufen soll. Damit dem so ist, benötigen nicht nur die Opfer sexueller Belästigung Merkblätter, sondern auch die Personalverantwortlichen müssen mit dem Thema vertraut sein. Das heisst, sie müssen einerseits für ein Arbeitsklima einstehen, welches sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz im Idealfall gar nicht erst entstehen lässt. Andererseits müssen sie jedoch, sollte es trotzdem so weit gekommen sein, wissen, welche Rechte die Opfer haben. Aber und das ist genau so wichtig, sie müssen wissen, welche Rechte die angeschuldigte Person hat. Ich denke an die rechtsstaatlichen Prinzipien der Unschuldsvermutung und des rechtlichen Gehörs. Ich bin der Meinung, es mache keinen Sinn, umfangreiche Papiere zu fabrizieren; wichtig sind klare, verständliche Checklisten für die Personalverantwortlichen und für mögliche Opfer. Aber auch allgemeine Informationen im Sinn von Präventionsmassnahmen, welche alle Mitarbeitenden erhalten, sind notwendig. Liegen Vorwürfe von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz vor, ist das für alle Beteiligten immer eine ganz schwierige Situation; für die Opfer, für die Vorgesetzten, für die Mitarbeitenden, aber auch für die angeschuldigte Person. In diesen schwierigen Situationen - häufig sind sie mit genereller Unzufriedenheit am Arbeitsplatz gekoppelt - ist es für alle Beteiligten hilfreich, wenn sie mit einfachen Checklisten über eine Art Gebrauchsanleitung verfügen, wie sie sich verhalten sollen. Wichtig ist für das Opfer zu wissen, an wen es sich ganz konkret wenden kann und es freut mich, der Antwort des Gemeinderates zu entnehmen, dass externe Berater mandatiert werden sollen. Dieser Ansatz ist wichtig und richtig. Ich weise jedoch darauf hin, dass in diesem Zusammenhang wichtig sein wird, die Frage der Vertraulichkeit ganz klar zu regeln. Externe Beauftragte sind rechtlich gesehen vom Gemeinderat beauftragt und ihm grundsätzlich Rechenschaft schuldig. Sie müssen jedoch dem Opfer gegenüber einer absoluten Schweigepflicht unterstellt werden, sonst machen externe Berater keinen Sinn. Das Opfer soll die Möglichkeit haben, offen mit einem Berater, einer Beraterin zu sprechen und danach frei entscheiden können, ob es Massnahmen ergreifen will. All das muss in diesem Beratungsverhältnis geregelt sein. Die praktischen Erfahrungen mit externen Beratungen zeigen, dass die Kosten dafür sehr bescheiden sind. Einerseits, weil nicht zu erwarten ist, dass gehäuft externe Beratungen in Anspruch genommen werden müssen. Andererseits können solche Beratungen sogar dazu beitragen, dass für alle Beteiligten gute und somit kostengünstigere Lösungen gefunden werden, was immer besser ist als teure Gerichtsverfahren. Ich danke nochmals für die positive Aufnahme des Postulates und bin gespannt auf die konkrete Umsetzung. Den Medien konnte entnommen werden, dass das Gleichstellungsgesetz, welches die rechtliche Basis für die Verpflichtung des Arbeitgebers im Bereich sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bildet, dieses Jahr sein 10-jähriges Jubiläum feiert. Diese Woche findet im Rathaus Bern ein Forum zum Thema statt und ich bin der Meinung, es würde der Gemeinde Köniz gut anstehen, wenn das Parlament 10 Jahre nach Einführung des Gesetzes die Erarbeitung eines Konzeptes gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in Auftrag gibt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin froh, dass die Antwort des Gemeinderates durch die Unterzeichnenden des Postulates gut aufgenommen wird. Ich bestätige, dass wir dieses Instrument schlank, pragmatisch und handlungsorientiert gestalten wollen. Wir wollen gleichzeitig die Thematik Mobbing behandeln, d.h. jedoch nicht, dass bei Mobbingfällen die gleichen Massnahmen gelten wie bei sexueller Belästigung. Es sind jedoch Überschnei-

dungen vorhanden und auch im Bereich des Mobbing muss in der Gemeindeverwaltung noch eine bessere Basis geschaffen werden. Wenn keine konzeptionellen Grundlagen für den Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz oder Mobbing vorhanden sind, besteht die Gefahr einer Schadenersatzklage. Hier ist letztlich ein finanzielles Interesse vorhanden, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen und ein entsprechend schlankes und effizientes Konzept zu erarbeiten.

Mit 36 Stimmen, bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat Mäder, SP, (0608) betr. Konzept sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird erheblich erklärt.

8. Postulat Grüne Köniz betr. maximal Tempo 50 innerorts auch auf Kantonsstrassen

Beantwortung 0609; Direktion Planung und Verkehr

Herr Jan Remund (GFL): Zuerst ein Wort zur Ausgangslage: Beim Lesen der Antwort des Gemeinderates auf mein Postulat hatte ich vorerst grosse Freude. Das Tempo soll sowohl in Schliern als auch in Mittelhäusern gesenkt werden. Beim Durchlesen der Auflistung der abgelehnten Projekte wurde ich stutzig, denn dort ist die Ortseinfahrt Mittelhäusern aufgeführt. Auf meine diesbezügliche Anfrage bei der Verkehrsabteilung bestätigte mir der Abteilungsleiter, David Wetter, dass die Temposenkung in Schliern durch den Kanton genehmigt, jene in Mittelhäusern jedoch abgelehnt wurde. Soweit ist die Einleitung der gemeinderätlichen Antwort etwas ungenau. Die Gemeinde Köniz wollte die Höchstgeschwindigkeit an beiden Orten senken, wurde jedoch in Mittelhäusern vom Kanton abgeblockt. Drei Gründe sprechen weiterhin für eine Senkung an beiden Orten und für das Postulat. Erstens von Gesetzes wegen. Das Temporegime wird durch die schweizerische Signalisationsverordnung geregelt. Der Kanton ist dabei lediglich ausführend. Die Gemeinde Köniz - wie auch wir - legen das Gesetz so aus, dass an beiden Orten Tempo 50 gelten soll. In Schliern spricht die Lärmsituation klar für eine Senkung der Tempolimiten, die Grenzwerte sind klar überschritten. Es macht keinen Sinn, Lärmwände zu setzen, die Höchstgeschwindigkeit jedoch zu erhöhen. Die Lärmschutzwände schützen die Häuser zudem nur im unteren Bereich. In Mittelhäusern ist mit der neu gebauten Einfahrtsbremse eine gefährliche enge Stelle entstanden, welche heute mit Tempo 60 ausgeschildert ist. Auch dort ist - wie im Moos - eine so genannte Fleischbremse entstanden. Zudem ist die Strasse Schulweg nach Niederscherli, welcher vom grössten Teil der Schulkinder mit dem Velo befahren wird. Trotz der nur teilweise befriedigenden Ausgangslage ist die GB/GFL-Fraktion bereit, das Postulat abzuschreiben. Der Gemeinderat setzte sich für die Senkung ein, mehr ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Wir werden uns zudem auf kantonaler Stufe für die Temposenkung einsetzen. Der Kanton legt die Signalisationsverordnung teilweise sehr einseitig zugunsten hoher Tempi aus. Es darf und kann nicht sein, dass einige Sekunden Fahrzeit mehr höher gewichtet werden als die Sicherheit von Schulkindern und Velofahrenden.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulates und für die schnelle Vorsprache bei den Kantonsbehörden. Der Streckenabschnitt an der Muhlernstrasse in Schliern wurde ungefähr anfangs September wieder mit Tempo 60 markiert. Die SP-Fraktion hätte es gerne gesehen, wenn zwischen der Bushaltestelle Sandwürfi und dem Ortseingang Schliern Tempo 50 markiert worden wäre; wie es die Gemeinde unseres Wissens beim Kanton forderte. Denn diese Strecke wird von vielen Fussgängern begangen. Dasselbe gilt für den Abschnitt auf der Landorfstrasse vom Schulheim bis zum Möösli, auch dort sind viele Fussgänger unterwegs. Wie Jan Remund erklärte, liegen die Kompetenzen jedoch in der Hand des Kantons und die Gemeinde kann, ausser vorzusprechen, nicht viel unternehmen. Nichtsdestotrotz ist es uns wichtig, diese Wünsche nach Temporeduktionen hier platziert zu haben. Die SP-Fraktion wird der Annahme des Postulates und der gleichzeitigen Abschreibung zustimmen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion war sich zu diesem Vorstoss nicht einig. Sowohl zum Inhalt wie auch zum Vorgehen des Gemeinderates. Inhaltlich wird das Anliegen zum grössten Teil unterstützt, im Gebiet Schliern voll und ganz. In Mittelhäusern bin ich per-

sönlich jedoch der Meinung, die heutige Tempolimiten 60 sei absolut verhältnismässig. Ich bin direkter Anwohner und habe keine negativen Stimmen - ausser jenen der Velofahrenden - gehört. Die eine Strassenseite ist dichter besiedelt, verfügt jedoch über ein Trottoir und auf dem grössten Teil der Strecke ist ein Grünstreifen zwischen Fahrbahn und Trottoir vorhanden. Auf der anderen Strassenseite ist eine Leitplanke und dahinter befindet sich die Bahnstrecke. Ich streite nicht ab, dass die Strecke für Velofahrende nicht einfach zu durchfahren ist. Gefährliche Situationen werden jedoch durch die neu gebauten Verkehrsinseln provoziert. Der Gefahr bei den so genannten "Fleischbremsen" muss anders begegnet werden als mit weiteren Temporeduktionen. Autofahrende können durch vermehrte Temporeduktionen dazu provoziert werden, diese als Schikanen zu betrachten. Wir sind etwas befremdet über das Vorgehen des Gemeinderates in Bezug auf Pressemitteilungen. Dass gute Ideen aus dem Parlament schnell umgesetzt werden, ist sicher zu begrüessen. Das eine oder andere Parlamentsmitglied kann sich jedoch vor den Kopf gestossen fühlen, wenn solche Ideen vor der Beratung im Parlament als Pressemitteilung herausgegeben werden. Nebst dem ist die Pressemitteilung nicht richtig formuliert. Die Formulierung des ersten Teils der gemeinderätlichen Antwort wie auch die Pressemitteilung liessen die Vermutung zu, dass die Ortseinfahrt Mittelhäusern auf Tempo 50 beschränkt wird. Im zweiten Teil der Antwort ist jedoch festgehalten, dass dieser Abschnitt keine Chance auf Temporeduktion habe. Wir werden für die Annahme des Postulates und die gleichzeitige Abschreibung stimmen.

Herr Peter Antenen (parteilos): Ich möchte Frau Berlinger Folgendes entgegenen: Mir scheint eine Temporeduktion auf der Muhlernstrasse zwischen Sandwürfi und Ortseinfahrt Schliern auf Tempo 50 etwas übertrieben. Die Linie 16 fährt dort auf einer separaten Busspur, ein Trottoir ist vorhanden und auf der Bergseite ist kein einziges Haus vorhanden. Tempo 60 ist in meinen Augen angemessen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für eure Voten zu diesem Postulat. Tempolimiten bewegen die Geister. Aus Sicht des Gemeinderates sind die Anliegen der Postulanten berechtigt. Wie ihr unserer Antwort entnehmen konntet, haben wir vom Kanton eine gute und eine schlechte Nachricht erhalten. In Mittelhäusern argumentierte der Kanton, die Signalisation entspreche der Gesetzgebung. Ein wichtiger Punkt für die Festlegung von Höchsttempi ist, ob die Bebauung entlang der Strasse dicht oder locker ist. Gemäss Antwort des Kantons ist die Bebauung entlang der Strecke Gricht bis Einfahrt Mittelhäusern eine lockere einseitige Bebauung, was für eine Temporeduktion zu wenig ist. Ich verstehe die Anliegen der Postulanten und bedaure es, keine bessere Nachricht weiterzuleiten. Ich teile die Meinung von Peter Antenen nicht ganz, der auf dem Streckenabschnitt Sandwürfi bis Ortseinfahrt Schliern für die Beibehaltung von Tempo 60 votierte. Dieser kurze Streckenabschnitt kann mit Tempo 50 signalisiert werden. Die Temporeduktionen auf den genannten Strassenabschnitten sind in unseren Augen wichtig, leider können sie nicht überall realisiert werden. Vielleicht hat zu einem späteren Zeitpunkt ein erneuter Hinweis auf ihre Anliegen beim Kanton mehr Erfolg.

Mit 32 : 1 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat Grüne Köniz betr. maximal Tempo 50 innerorts auch auf Kantonsstrassen (0609) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

9. Interpellation Anna Mäder / Stephanie Staub (SP) betr. Weiterbildung Schulkommissionsmitglieder

Beantwortung 0613; Direktion Bildung und Soziales

Frau Anna Mäder (SP): Ich teile mit, dass ich mich von der Antwort des Gemeinderates grundsätzlich befriedigt erkläre, auch wenn für mich noch nicht alle Fragen abschliessend beantwortet sind. Wir stehen jedoch erst am Anfang der Umsetzung des neuen Bildungsreglementes und mir ist klar, dass nicht alles von einem Tag auf den anderen realisiert werden kann. Aus heutiger Sicht habe ich deshalb Verständnis für die Antwort. Zufrieden bin ich vor allem mit der Aussage des Gemeinderates, dass ihm die Ausbildung von Schulkommissionsmitgliedern schon immer wichtig war. Weiterbildung ist in der heutigen Situation besonders wichtig, weil sich die Schulkommissionen auf ganz neue Aufgaben einstellen müssen. Nach

Rücksprache mit einigen Schulkommissionsmitgliedern stelle ich fest, dass eine doch grosse Verunsicherung herrscht. Viele wissen nicht, welche Aufgaben die Schulkommission heute hat. Nach welchen Kriterien ist z.B. die Traktandenliste von Sitzungen zu erstellen? Wie sehen die strategischen Aufgaben konkret aus und wie sollen sie umgesetzt werden? Ich bin deshalb froh zu lesen, dass für die Weiterbildung mehr Mittel vorgesehen sind als bisher. Ich wünsche mir jedoch, dass diese Mittel sinnvoll eingesetzt und auch gebraucht werden. Die abgegebene Dokumentation für Schulkommissionsmitglieder ist sehr umfangreich. Die vorgesehenen Kurse sind in meinen Augen sicher interessant. Von Schulkommissionsmitgliedern höre ich aber, dass vor allem die strategische Ausrichtung Kopfzerbrechen macht, dies in ganz praktischer Hinsicht. Schulkommissionsmitglieder ohne entsprechenden beruflichen Hintergrund haben in diesem Bereich sicher dringenden Bildungsbedarf. In meinen Augen fehlen Workshops mit Übungen für praktische Arbeiten vollständig. Hier besteht aus meiner Sicht Handlungsbedarf. Im Weiteren ist das Bedürfnis nach kurzfristig abrufbaren Beratungen vorhanden. Kann die Schulabteilung solches anbieten oder kann in einer ersten Umsetzungsphase externe Beratung zugezogen werden? Ich verstehe nicht, weshalb für die Mitarbeitergespräche auf kantonale Grundlagen gewartet werden muss, denn diese werden seit jeher geführt und dafür sind Unterlagen vorhanden. Ich bin gespannt darauf, wie die Schulkommissionen nächstes Jahr aussehen werden.

Frau Liz Fischli (GB): Ich stelle Antrag auf Diskussion.

Da mehr als 10 Mitglieder der Diskussion zustimmen, wird sie gewährt.

Frau Liz Fischli (GB): Ich möchte das Votum meiner Vorrednerin weitgehend unterstreichen. An einem von uns organisierten Themenabend über die Umsetzung des Bildungsreglementes waren Schulkommissionsmitglieder aus diversen Schulkommissionen der Gemeinde Köniz anwesend. Die Einführung des neuen Bildungsreglementes geschah sehr schnell. Es ist sehr innovativ mit dem Schwerpunkt geleitete Schulen und der neuen Unterscheidung zwischen strategischen und operativen Aufgaben. Die Schulkommissionsmitglieder haben das Bedürfnis, hier praktische und begleitende Weiterbildung zu erhalten, wie z.B. in Form von Workshops. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen wirklich für solche Weiterbildungen ausgegeben werden.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke für die positive Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Das neue Bildungsreglement ist seit dem 1. August 2006 in Kraft. Die neuen Schulkommissionen arbeiten seit Beginn des Schuljahres 2006/2007 zusammen. Oberstes Ziel für uns war die Beibehaltung der Teilautonomie der einzelnen Schulen. Aus der Antwort des Gemeinderates ist ersichtlich, dass der Schwerpunkt der Weiterbildung von Schulkommissionen im Bereich der Führungsinstrumente liegt. Uns ist sehr wichtig, dass die Zentrale Schulkommission, welche aus allen Schulkommissionspräsidien besteht, sich nun findet und anlässlich einer im Dezember vorgesehenen Klausur über die Aufgaben der Schulkommissionsmitglieder diskutieren kann. Die Gemeinde Köniz hat schon immer Kurse für Schulkommissionsmitglieder angeboten. Es liegt jedoch nicht nur an der Gemeinde Köniz, in diesem Bereich Ausbildung anzubieten, auch der Kanton wird sich beteiligen. Wir haben vom Schulinspektor und aus dem Kanton klare Signale für Unterstützung in diesem Bereich. Unklar ist, ob wir die zur Verfügung gestellten Mittel innert Frist vollständig ausgeben, aber auf längere Zeit werden sie sicher benötigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

10. Interpellation Christoph Salzmann (SP) betr. Jugendliche mit Ausweis F oder N

Beantwortung 0614; Direktion Bildung und Soziales

Herr Christoph Salzmann (SP): Ich erlebte bereits einige Male, dass Jugendliche mit F-Ausweisen, welche in der Schweiz geboren oder kurz danach in die Schweiz eingereist sind, in ihrer Lehrstellensuche behindert sind, weil für sie im Prinzip ein Arbeitsverbot besteht. Die Arbeitsmarktregelungen mögen im Allgemeinen berechtigt sein, für diese Jugendlichen haben sie jedoch verheerende Auswirkungen. Ich danke dem Gemeinderat und der Direktion Bildung und Soziales für die Arbeit, insbesondere für die separat zusammengestellten Tabellen, weil zu diesem Thema keine Statistiken vorhanden sind. 31 asylsuchende Schulkinder mit F-Aus-

weis oder Familiennachzug C haben mehr als die Hälfte ihrer obligatorischen Schulpflicht in der Schweiz absolviert. Sie können somit gut Deutsch sprechen und kennen die Schweiz besser als ihr Heimatland. Die Berufsbildung kann mit ihnen jedoch nicht richtig angepackt werden, obwohl sie - gemäss Antwort des Gemeinderates - aufgrund der gemachten Erfahrungen zu 90 Prozent definitiv in der Schweiz verbleiben. Die Integration wird somit massiv und unglücklich verzögert. Die Tatsache, dass man infolge Arbeitsteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinde wenig Spielraum hat, bestürzt mich. Wie sollen "die in Bern oben" jedoch die Probleme an der Front kennen, wenn die Gemeinden nicht laut und deutlich aufschreien? Ich hoffe deshalb, dass sich die Gemeinde Köniz im VRB für diese Problematik - wie angetönt - einsetzen wird. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt, jedoch nicht von der Situation.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 0619 Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Energieeffiziente Strassenbeleuchtung
- 0620 Interpellation jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Bevölkerungszufriedenheit mit Gemeindedienstleistungen
- 0621 Überparteiliches Postulat jfk/FDP betr. Kantonsbeiträge für Könizer Regionalbibliotheken
- 0622 Interpellation SP betr. Erweiterung der Tempo-30-Zone im Zentrum Köniz
- 0623 Interpellation SP betr. Teeraufbereitung im Wangental - Salamitaktik die zum Himmel stinkt
- 0624 Motion Grüne Köniz betr. Velonetz Köniz

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Betreffend Agglomerationsstrategie (SARZ) haben wir euch einen weiteren Bericht auf Ende Jahr versprochen. Wir haben anlässlich der GPK-Sitzung diskutiert und beschlossen, dass der Gemeinderat den Bericht Ende Jahr verabschiedet und euch anfangs des neuen Jahres zustellt. Der Bericht wird somit nicht anlässlich der Dezember-Sitzung im Parlament behandelt. Mit einem Bericht für die Behandlung im Dezember hätte ich zwar die Frist eingehalten, euch jedoch etwas abgegeben, das keine zusätzlichen Aussagen als die bisher bekannten enthalten würde.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir empfangen diese Woche Besuch aus unserer Partnergemeinde in Prijepolje. Der Bürgermeister wird uns mit seiner Gattin besuchen. Am Freitag Abend wird ein Anlass mit Essen in Mengestorf "zum alte Burehus" stattfinden. Zu diesem Anlass möchte ich gerne ein Mitglied aus jeder Fraktion begrüssen. Der Gemeinderat überarbeitete an der Klausur am 20. September 2006 das neue Kulturkonzept sowie das neue Schlosskonzept. Er fasste unter anderem den Beschluss, eine nichtständige Kommission - bestehend aus 9 Mitgliedern - welche das Kulturkonzept zuhanden des Gemeinderates überarbeitet, einzusetzen. Ich fordere die Parteien auf, mir bis Mitte November entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Ende November möchte ich dem Gemeinderat Antrag stellen, damit Mitte Dezember mit der Arbeit begonnen werden kann.

Der Parlamentspräsident: Bei 9 Mitgliedern haben die Parteien folgenden Anspruch: EVP 1 Sitz, FDP 2 Sitze, GB/GFL 1 Sitz, SP 3 Sitze, SVP 2 Sitze.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Am 15. November findet um 20.00 Uhr im Restaurant Hirschen in Oberwangen eine Veranstaltung zum Umbau des Belagswerkes Weibel AG statt. Die schriftliche Einladung folgt in den nächsten Tagen.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich bin noch drei Antworten aus der letzten Parlamentssitzung schuldig. Zum Bahnübergang Moos: Die Resultate der Videoüberwachung können wie folgt festgehalten werden: Die vorgenommenen Verbesserungen zeigen Wirkung. Während der Videoüberwachung über einige Stunden hinweg ereigneten sich keine Fastunfälle oder sehr kritischen Situationen, auch keine heiklen Überholmanöver. Auch scheint es so, dass sich die Velofahrenden sicherer fühlen. Die Anlage wird - mit vernünftigen Aufwand - weiterhin in verschiedenen Situationen geprüft: Einmal im Herbst bei Regen und Dunkelheit unter der Woche,

einmal im Herbst bei Regen und Dunkelheit während des Wochenendes und einmal im Winter mit Schnee auf der Fahrbahn. Die IG Velo wünschte speziell Aufnahmen während eines Wochenendes, weil dann mehrheitlich Freizeitverkehr herrscht. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten. Die Frage von Christian Burren, weshalb von drei geplanten Fussgängerstreifen im Moos nur einer realisiert ist, beantworte ich wie folgt: Bei allen geplanten Fussgängerstreifen wurden gleichzeitig Mittelinseln erstellt und das Trottoir abgesenkt, jedoch nur bei einer solchen Mittelinsel - der untersten in Richtung Köniz - ein Fussgängerstreifen aufgemalt. Der Fussgängerstreifen wurde am oberen Ende des Perrons nicht aufgemalt, weil die Sichtweite durch die Realisierung des Geländers gestört wurde. Die Fachstelle für Langsamverkehr legte ihr Veto gegen die Realisierung dieses Fussgängerstreifens ein, trotz Vergrößerung des Warteraumes. Auf der Seite der Häuser im Bereich des Bahnhofes Moos müssen ausserdem die parkierten Autos bei den Garagen rückwärts auf die Strasse fahren und die Fachstelle für Langsamverkehr stellte sich auf den Standpunkt, die Realisierung eines Fussgängerstreifens gebe den Querenden eine falsche Sicherheit, auch wenn der Warteraum verbessert worden sei. Da jedoch die sichernde Mittelinsel vorhanden ist, wird diese Möglichkeit als Querung der Schwarzenburgstrasse weiterhin benützt. Die dritte Mittelinsel in Richtung Gasel beim Bahnübergang war eigentlich nicht geplant. Man war sich jedoch bewusst, dass Fussgänger diesen Übergang benutzen werden und deshalb wurden die Trottoirabsenkung und die Mittelinsel realisiert, um den Fussgängern eine gewisse Sicherheit im Tempo-80-Bereich geben zu können. Die Fragen von Ursula Wyss, wer die Teerung der Gurtendorfstrasse überhaupt wünscht, welche Strategie die Gemeinde Köniz verfolgt, ob grössere Lastwagen auf dem Gurten verkehren sollen, ob die Bewilligungspraxis gelockert werden soll und wann genau das Baugesuch publiziert wird, kann ich wie folgt beantworten: Das Baugesuch ist bereits publiziert. Die Teerung ist aus drei Gründen notwendig. 1. Sicherheit: Im Winter muss die Gurtendorfstrasse vom Schnee geräumt werden und vor ungefähr drei Jahren stürzte ein Schneeräumauto auf der eisigen Unterlage in den Wald. 2. Die Teerung ist ein Wunsch der Bewohner des Gurtendorfes. Bereits 1999 erhielten wir einen Brief mit 23 Unterzeichnenden aus dem Gurtendorf, mit welchem der Gemeinderat gebeten wurde, diese Strasse endlich zu teeren, da die Gurtendörfler nach Wabern und nicht nach Kehrsatz ausgerichtet seien. 3. Die Kosten: Dieser Abschnitt kostet uns pro Jahr 15'000 Franken für die Aufbringung von Kies. Der Wanderweg bleibt, wird jedoch etwas versetzt, was zusammen mit der Teerung 109'000 Franken kosten wird. Diese Kosten werden - wenn man den alljährlichen Betrag für die Kiesung der Strasse in der Höhe von 15'000 Franken berücksichtigt - in etwa sieben Jahren amortisiert sein. Rolf Zwahlen kritisierte den Gemeinderat wegen der Pressemitteilung betreffend Tempoanpassungen in Schliern und Mittelhäusern und der Information der Parlamentsmitglieder vor der Beratung im Parlament. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, die Parlamentsmitglieder stets offen und transparent zu informieren.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die Arbeitnehmer von Swisscom Mobile ziehen nun in das Gebäude an der Waldeggstrasse ein, worüber wir uns freuen. Auf meinem Arbeitsweg stellte ich die weniger erfreuliche Seite der Medaille fest: Heute Morgen bildete sich ein Stau bis weit in die Turnierstrasse hinein. Da im neuen Gebäude - wie der Presse zu entnehmen war - lediglich 200 Parkplätze zur Verfügung stehen, muss es nicht verwundern, wenn solche Staus infolge Suchverkehr entstehen. Wie sieht der Gemeinderat dieses Problem? Sind Massnahmen geplant oder allenfalls bereits eingeleitet? Die Initiative 5 statt 7 Gemeinderäte ist eingereicht worden und vor einem Jahr wurde die Initiative betreffend Kronprinzenregelung eingereicht. Ist der Gemeinderat der Ansicht, diese beiden Anliegen, welche eng miteinander verknüpft sind, zusammen zu koordinieren? Wie sieht der Gemeinderat das weitere Vorgehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Initiative betreffend Kronprinzenregelung zwingend innerhalb des nächsten Jahres zur Abstimmung gelangen muss?

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich spreche zum Zuzug der Firma Swisscom: Wir sind in Kontakt mit der Verantwortlichen für Kommunikation der Swisscom und haben heute nachgefragt, wie der Einzug ins Gebäude läuft. Gemäss ihrer Auskunft bis anhin reibungslos, wobei noch nicht alle Mitarbeitenden eingezogen sind. Die Rückmeldung von Bernmobil auf unsere dahingehende Frage zeigt, dass bis jetzt alles reibungslos läuft. Wir beobachten die Situation laufend. Alle Mitarbeitenden der Swisscom wurden informiert, den öffentlichen Verkehr zu benutzen. Der von Valentin Lagger festgestellte Stau könnte auch durch die Trottoirsanierung direkt vor dem Swisscom-Gebäude entstanden sein, eventuell

auch wegen der Anlieferung von Möbeln mit Lastwagen, da der Umzug der Mitarbeitenden noch in vollem Gange ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wir werden die Anregung von Valentin Lagger betreffend den beiden Initiativen prüfen und nach der Diskussion im Gemeinderat beantworten.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich kann eine positive Rückmeldung geben: Im Juni sprach ich hier vorne über einen türkischen anerkannten Flüchtling mit Wohnsitz in der Gemeinde Köniz, der unrechtmässig verhaftet wurde. Ich bat den Gemeinderat, sich für ihn einzusetzen. Heute sitzt dieser Mann zwar noch in Lörrach in Haft, er hat jedoch die Zusage, Ende November freizukommen. Ich danke dem Gemeinderat herzlich für seine Schreiben an Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und an den deutschen Bundespräsidenten Köhler. Diese haben, zusammen mit anderen Anstössen, erfreuliche Wirkung gezeigt.

Frau Liz Fischli (GB): Am 26. November 2006 findet die kantonale Abstimmung über den Kredit für den Flughafen Belp statt. Es geht hier um die Frage, in welche Verkehrsträger der Kanton Bern seine knappen Mittel investiert. Ihr habt alle Unterlagen zum Unterstützungskomitee gegen die Steuermillionen für den Flughafen Belp erhalten. Wer beitreten will, kann dies bei mir tun.

Schluss der Sitzung um 22.25 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Niklaus Hofer

Anita Fehlmann